

LN-Dossier 8 // Juli/August 2013

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

41. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN



ERBE EINER DIKTATUR //

40 Jahre nach dem Putsch in Chile

40 jahre solidarität und widerstand

Lateinamerika Nachrichten Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika

// IMPRESSUM

HERAUSGEBER: LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Erscheint als Dossier Nr. 8 innerhalb der LN 469/470 (Juli/August 2013) sowie als separate Themenbroschüre.

Redaktion: Redaktionskollektiv der Lateinamerika Nachrichten

V.i.S.d.P. Maja Dimitroff, Laura Haber, Tobias Lambert, Elena von Ohlen, David Rojas-Kienzle, Patricia Schulze

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich

// KONTAKT

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin

Tel: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90

www.lateinamerika-nachrichten.de

LN-Redaktion: redaktion@LN-Berlin.de

Bestellungen und Informationen zum LN-Abo: abo@LN-Berlin.de

Titelfoto: José Giribás // Demonstration für das NEIN bei
Pinochets Referendum, Santiago, 01. Oktober 1988.

ERBE EINER DIKTATUR

40 JAHRE NACH DEM PUTSCH IN CHILE



- 4 Das schwierige Erbe der Diktatur** // Ein Dossier über Chile 40 Jahre nach dem Putsch
- 9 Autoritäre Experimente** // Wie der Neoliberalismus in Chile seinen Siegeszug antrat
- 13 Von Gesundheitsbrigaden zu privaten Dienstleistern** // Das chilenische Gesundheitssystem vor und nach dem Militärputsch von 1973
- 16 Die Wahl der Qual** // Das chilenische Wahlsystem ist ein Erbe der Diktatur
- 18 Widersprüchlich und machtlos** // Chilenische Gewerkschaften sind kaum in der Lage, gegen schlechte Arbeitsbedingungen anzukämpfen
- 20 Mord und Schlagstock** // Im neoliberalen Musterland Chile hat Repression viele Gesichter
- 24 Eine mutige Generation** // Mehr als zwei Jahrzehnte nach Ende der Militärherrschaft erobert die chilenische Jugend die Straßen zurück
- 28 Landraub in Wallmapu** // Der Konflikt zwischen chilenischem Staat und den Mapuche reicht bis in die Kolonialzeit zurück
- 31 Solidarische Stimmen** // Eine kleine, nicht-repräsentative Bilanz der Chile-Solidaritätsbewegung
- 34 Ein offenes Kapitel** // Die Colonia Dignidad und die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung
- 37 Vom Putschisten zum Langzeitdiktator** // Wie sich Pinochet 17 Jahre lang an der Macht halten konnte
- 40 „Ich bin ein Weltmensch“** // Interview mit Eva Tichauer Moritz über ihr Exil in der BRD
- 42 „Ich bin stolz, ein ausländischer Ossi zu sein“** // Interview mit Mario Fuentes Delgado über sein Exil in der DDR
- 44 Die dunklen Schatten der Geschichte** // Unterschiedliche Aufarbeitung der Vergangenheit in Argentinien und Chile
- 48 Grauzonen, dunkle Flecken, schwarze Löcher** // Das Gespenst der Diktatur im zeitgenössischen chilenischen Roman
- 51 Tipps zum Weiterlesen**

DAS SCHWIERIGE ERBE DER DIKTATUR

EIN DOSSIER ÜBER CHILE 40 JAHRE NACH DEM PUTSCH





Chile spielt auf der politischen Weltkarte eine überwiegend zu vernachlässigende Rolle. Das 17 Millionen-Einwohner_innenland, das sich im äußersten Südwesten der Amerikas auf einer Länge von 4.300 Kilometern eingeengt zwischen den Anden und dem Pazifik befindet, taucht in den europäischen Medien nur selten auf. Selbst der Besuch des chilenischen Präsidenten in Deutschland ist kaum eine Nachricht wert. Das war allerdings nicht immer so. In der Geschichte der Linken in Deutschland war Chile einer von vielen Bezugspunkten, an dem sich nach der Wahl von Salvador Allende 1970 Revolutionsträume von einem demokratischen Sozialismus orientierten. Doch die vielen unter der Regierung der Unidad Popular begonnenen Projekte fanden ein jähes Ende. Der Militärputsch am 11. September 1973 begrub den Traum eines gerechteren Chiles. Der Regierungspalast La Moneda wurde von Kampfflugzeugen der chilenischen Streitkräfte bombardiert, Salvador Allende kam ums Leben – ob durch Mord oder Selbstmord ist bis heute strittig. Tausende Chilen_innen wurden in den folgenden Tagen und Wochen inhaftiert, gefoltert und ermordet, am Ende der Militärdiktatur sollten es mehr als 3.000 Tote und Verschwundene sowie zehntausende Gefolterte sein. Während dieser 17 Jahre waren die Menschenrechtsverletzungen der Regierung, nicht zuletzt wegen der vielen Exilierten, auch in der deutschen Linken ein wichtiges Thema. Insgesamt 500.000 Chilen_innen verließen ihr Heimatland. Während Pinochet auf die freundliche Unterstützung von deutschen Politiker_innen wie Franz-Josef Strauß zählen konnte, wurde von Bewegungsseite die chilenische Militärregierung kritisiert und die Opposition unterstützt.

Die damalige Solidarität mit der vorangegangenen Unidad Popular-Regierung führte unter anderem zur Gründung der Lateinamerika Nachrichten. Am 28. Juni 1973 erschien unter dem Namen Chile-Nachrichten die erste Ausgabe. Etwa 15 bis 20 Personen, die in Chile zuvor Faszination und

◀ **Demonstration gegen die Diktatur**

Santiago, 01. Oktober 1988: Ein Demonstrant zeigt ein Foto des Gemäldes „Der vierte Stand“ von Giuseppe Pellizza da Volpedo. In Chile ist es ein Symbol für den Kampf der Minenarbeiter nach der Ermordung von circa 2.000 Menschen bei einem Streik in der Mine Santa Maria in Iquique 1907.

Probleme des sozialistisch-demokratischen Aufbruchs miterlebt hatten, hatten in Deutschland zunächst das Komitee Solidarität mit Chile ins Leben gerufen. Anfangs sollten für die Kommunikation innerhalb des Komitees alle zwei Wochen aktuelle Informationen über die sich zuspitzende politische Lage zusammengetragen werden, die erste Nummer bestand aus acht eng bedruckten Seiten. Insgesamt 50 Exemplare davon wurden von Matrizen gezogen und an einige Freund_innen geschickt. Nach dem Putsch stieg das zuvor geringe Interesse an Chile innerhalb der westdeutschen Linken sprunghaft an, die Solidaritätsbewegung erhielt enormen Zulauf. In vielen Städten der BRD gründeten sich Chile-Komitees, die unter anderem Demonstrationen, Proteste und Hilfsaktionen für exilierte Chilen_innen organisierten. Ende 1973 betrug die Auflage der Chile-Nachrichten bereits 6.000 Stück, später erreichte sie zeitweise bis zu 8.000 Exemplare. Der Umfang der einzelnen Ausgaben stieg rasch auf 60 Seiten, die Zeitschrift erschien fortan monatlich. Um die vielen angesammelten Dokumente zu archivieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurde 1974 das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) gegründet, das mit den LN bis heute eng kooperiert.

Thematisch drehte sich zunächst fast alles um Chile. Mit der Zeit gerieten mehr und mehr Nachbarländer Chiles in den Fokus, in denen ebenfalls das Militär regierte und ganz ähnliche politische Bedingungen herrschten. Spätestens nach dem Putsch in Argentinien am 24. März 1976 wurde die Berichterstattung der Chile-Nachrichten zunehmend breiter und der Anteil an Chile-Artikeln kleiner. Als Konsequenz erschien die Zeitschrift ab der Nummer 51 im September 1977 unter dem bis heute bestehenden Namen Lateinamerika Nachrichten, zunächst mit dem Zusatz „5. Jahrgang der Chile-Nachrichten“. Elf Jahre später verschwand der alte Name auch aus dem Untertitel.

2013 jährt sich der Putsch zum 40. Mal, genauso wie das Bestehen der Lateinamerika Nachrichten. Grund genug, einen etwas genaueren Blick auf Chile zu werfen. 40 Jahre Putsch in Chile bedeuten auch 40 Jahre neoliberale Reformen. Während in Europa beim Stichwort Neoliberalismus die Namen Thatcher, Reagan und vielleicht auch Schröder und Blair fallen, war Chile unter

Federführung der sogenannten Chicago Boys, in den USA ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftler_innen, das Experimentierfeld für neoliberale Politiken.

Die in der Militärdiktatur umgesetzten Reformen, die die sozialen Errungenschaften ihrer Vorgängerregierungen zunichte machten, sind bis heute maßgeblich für das politische und wirtschaftliche Leben in Chile. Die Privatisierungen im Gesundheits- und Bildungssektor, die Rücknahme der Landreformen, die Arbeitsgesetze, die strafrechtlichen Mechanismen, das Wahlrecht, dies und vieles mehr sind auch heute, 23 Jahre nach dem Ende der Diktatur, Eckpfeiler chilenischer Institutionalität. Denn entgegen vieler Erwartungen hat das linke Parteienbündnis Concertación, dem auch Salvador Allendes Sozialistische Partei angehört, in 20 Jahren Regierungsverantwortung von 1990 bis 2010 das neoliberale Modell und die von der Pinochet-Administration 1980 verabschiedete Verfassung nicht angetastet. Ähnlich steht es um die Vergangenheitsbewältigung. Die juristische Aufarbeitung der Verbrechen verläuft bruchstückhaft und nur wenige Mörder und Folterer mussten bisher in Haft.

Die Kontinuitäten zwischen Militärdiktatur und der aktuellen Politik wurden lange Zeit unwidersprochen hingenommen. Nicht zuletzt aus Angst vor dem übermächtigen Militär, dem auch heute noch zehn Prozent der Einnahmen des riesigen chilenischen Staatskonzerns Codelco zustehen. Gerade in der Anfangszeit der neuen Demokratie stellte die Armee ihre Macht zur Schau. In Erinnerung geblieben ist hierbei vor allem der *Boinazo*, bei dem Augusto Pinochet Ermittlungen wegen Korruption gegen sich und seinen Sohn dadurch verhinderte, dass er am 28. Mai 1993 bewaffnete Spezialeinheiten 200 Meter vom Regierungssitz auflaufen ließ. Aber auch nachdem die Bedrohung durch das Militär nicht mehr so virulent war, zeigten die gewählten Regierungen keine Bestrebungen, etwas an der Situation Chiles zu verändern, was auch lange ohne großen Widerstand der Bevölkerung funktionierte.

Neben den Mapuche, die sich immer in Konflikt mit dem chilenischen Staat befanden, waren es die Schüler_innen, die sich mit moderaten Forderungen gegen die neoliberale Bildungspolitik richteten. Sie waren die ersten, die, wenn auch erfolglos, auf die vielen Widersprüche im neoliberalen Musterland Chile hinwiesen.

Während Tomás Hirsch, Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 2009 im Interview mit den *LN* zu den sozialen Bewegungen noch sagte, in Chile gäbe es „immer weniger solcher Organisationen und sie bluten aus“, hat sich die Lage vier Jahre später dramatisch verändert. Nachdem im April 2011 erstmals groß gegen HidroAysén, ein Megastaudammprojekt im Süden Chiles, demonstriert wurde, etablierte sich kaum einen Monat später die auch in den *LN* viel diskutierte Studierenden- und Schüler_innenbewegung, die sich

Mobilisierung arrangieren. Dieses Arrangieren geschieht allerdings weniger mit dem Versuch, die Forderungen zu integrieren und die Proteste zu befrieden. Vielmehr wird die Repression über die versuchte Verabschiedung neuer Gesetze verschärft. Allerdings zeichnet sich bis jetzt nicht ab, dass die vielfältigen neuen sozialen Bewegungen sich von der Repression einschüchtern lassen. Mit dem vorliegenden Dossier möchte die Redaktion der Lateinamerika Nachrichten die Hintergründe der heutigen Situation beleuchten. Zunächst



▲ Kundgebung vor dem Präsidentenpalast Santiago, 29. Juni 1973, nach gescheitertem Putschversuch (Tanquetazo)

zunächst auf Bildungsthemen beschränkte, mittlerweile aber eine gänzliche Abkehr vom neoliberalen System fordert.

Das Aufkommen dieser Bewegung weckte die chilenische Zivilgesellschaft aus der Jahre währenden Apathie. Mittlerweile regt sich an allen Ecken und Enden Widerstand gegen die Regierungspolitiken. Im nördlich gelegenen Freirina wurde so eine riesige Schweinemastfarm verhindert, die Bewohner_innen der abgelegenen Provinz Aysén erkämpften sich Zugeständnisse von der Regierung, und selbst wenn das Bildungssystem in Chile immer noch kaum verändert besteht, müssen sich die Herrschenden mit konstanter

zeigt *LN*-Mitbegründer Urs Müller-Plantenberg die Kontinuitäten des unter der Militärdiktatur eingeführten neoliberalen Wirtschaftssystems auf. Markus Thulin beleuchtet in seinem Beitrag exemplarisch die konkreten Folgen des Neoliberalismus für das chilenische Gesundheitssystem. Anschließend beschreibt Oliver Niedhöfer einige Absurditäten des ebenfalls noch aus Diktaturzeiten stammenden binominalen Wahlsystems. Über die schwache Position der Gewerkschaften schreibt Nicolás Véliz Rojas. Auch wenn sich die Menschenrechtslage im Vergleich zur Diktatur deutlich gebessert hat, reagiert der chilenische Staat auf Proteste mit Repression, wie David



◀ **Festnahme einer Frau**
Santiago,
16. September 1988

Rojas Kienzle in seinem Beitrag aufzeigt. Insbesondere trifft die Repression die Studierendenbewegung, die Steve Kenner vorstellt und die indigenen Mapuche im Süden des Landes. Über die Hintergründe des Mapuche-Konfliktes berichtet Llanquiray Painemal.

Dass es die *LN* ohne die Solidarität mit Chile gar nicht gäbe, liegt auf der Hand. Was aber hat die internationale Solidaritätsbewegung mit Chile sonst gebracht? Das haben wir verschiedene Protagonist_innen der damaligen Zeit aus Chile und Deutschland gefragt. Bei einem Thema, zu dem Teile der Solibewegung in der BRD gearbeitet haben, gab es einen direkten Bezug zu Deutschland. Über die abstoßende Sektensiedlung Colonia Dignidad, die der deutsche Kinderschänder Paul Schäfer 1961 gegründet hatte, schreibt Friedrich Paul Heller. Dieter Maier geht anschließend der Frage nach, warum sich Pinochet so lange an der

Macht halten konnte. Interviews mit einer Exilchilenin, die in die BRD kam und einem Exilchilenen, den es in die DDR verschlug, geben Einblicke in das Leben im Exil. Dass sich Chile mit der Aufarbeitung der Vergangenheit noch immer schwer tut, während das Nachbarland Argentinien bedeutende Fortschritte zu verzeichnen hat, beschreibt Maja Dimitroff. Schließlich wirft Leonor Abujatum einen Blick auf chilenische Literatur, in der die Vergangenheit deutlich besser aufgearbeitet wird als auf politischer Ebene in Chile.

Bei der Fülle möglicher Themen kann kein Anspruch auf Vollständigkeit bestehen. Wir hoffen, inhaltliche Lücken durch eine kontinuierliche Berichterstattung zukünftig ausfüllen zu können. Mit diesem Dossier starten wir in den 41. Jahrgang der einstigen *Chile-Nachrichten*. Viele weitere der *LN* werden folgen.

// LN

FOTOS IN DIESEM DOSSIER

Eine Fotostrecke von José Giribás bebildert dieses Dossier. Der chilenische Fotojournalist musste Chile nach dem Putsch verlassen und kam dank eines Stipendiums der Freien Universität Berlin schließlich nach Deutschland (siehe auch sein Beitrag auf Seite 32). Heute lebt und arbeitet er als freier Fotograf in Berlin. Die Fotos stammen aus den Jahren 1973, 1986 und 1988. Sie erzählen von der Repression während der Diktatur, aber auch dem Widerstand dagegen, der in der letztlich erfolgreichen Kampagne zur Zulassung mehrerer Kandidat_innen 1988 gipfelte. Weitere Infos: www.giripfoto.com/

AUTORITÄRE EXPERIMENTE

WIE DER NEOLIBERALISMUS IN CHILE SEINEN SIEGESZUG ANTRAT

Bis heute ist die neoliberale Wirtschafts-ideologie in Chile dominant wie nirgends sonst in Lateinamerika. Unter der Militärdiktatur avancierte das Land zur Spielwiese von Ökonomen, auf der sie ihre neuen Rezepte erstmalig am lebenden Objekt ausprobieren konnten.

Wenn heute vom 11. September gesprochen wird, so verbindet man damit meistens den Terroranschlag auf die Türme des World Trade Centers in New York 2001, ohne an den Putsch der chilenischen Militärs in Chile 1973 zu denken. Und wenn heute vom Siegeszug des Neoliberalismus gesprochen wird, so stehen meistens die Namen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan für den Beginn dieses Siegeszuges. Dabei ist nicht präsent, dass schon Jahre vorher in Chile neoliberale Konzepte mit aller Macht durchgesetzt wurden. Wenn schließlich von der Durchsetzung des Neoliberalismus in Chile die Rede ist, so wird häufig genug davon ausgegangen, dass diese Durchsetzung das erklärte Ziel der putschenden Militärs gewesen sei. Nichts falscher als das.

Als die Generäle 1973 in Chile die Macht übernahmen, gab es zwar schon einen fertigen Plan für eine neoliberale Transformation der Wirtschaft, aber er war den Militärs nicht bekannt. Pinochet und seine Kollegen hatten kein klar ausgearbeitetes Regierungsprojekt. Die Streitkräfte hatten keinerlei Regierungserfahrung und ihr Putsch war zunächst nicht mehr als eine Reaktion auf die Allende-Regierung und auf die Radikalisierung der politischen und sozialen Situation, die sie als schwere Bedrohung der nationalen Sicherheit und der Existenz ihrer eigenen Institution empfanden. Ihr Hauptprojekt war ein politisches: die „Ausmerzungen des marxistischen Krebsgeschwürs“, wie es der Luftwaffengeneral Gustavo Leigh nannte.

Die Marine, die zu Beginn die Verantwortung für die Wirtschaft übernommen hatte, teilte nur die

allgemeine Ansicht, dass die Lage schwierig sei. Seit Ende 1972 hatten einige hohe Marineoffiziere Kontakte zu einer Gruppe von Ökonomen hergestellt, die heimlich an der Vorbereitung eines alternativen Regierungsplans arbeiteten. Am Tag des Militärputsches war dieser Plan fertig und schon an Offiziere der drei Teilstreitkräfte verteilt. Die neuen Machthaber bevorzugten jedoch im Wunsch nach internationaler Anerkennung Personen, denen sie ein höheres Prestige zuschrieben, weil diese schon unter dem christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei höchste Posten bekleidet hatten.

Sehr bald aber wurde klar, dass die Militärjunta politisch mehr wollte als nur eine Wiederherstellung der Situation, wie sie vor der Wahl Allendes geherrscht hatte. Hernán Cubillos von der Geschäftsleitung der Tageszeitung *El Mercurio*, des Zentralorgans der chilenischen Großbourgeoisie, empfahl den Admirälen dann wärmstens jene Gruppe von Ökonomen, deren Mehrheit von der Katholischen Universität kam und die insgeheim seit 1972 einen Plan für die Destabilisierung und den Sturz der linken Regierung ausgearbeitet hatte, der außerdem auch ein Regierungsprogramm für diesen Fall enthielt. Eine Untersuchungskommission des Senats der USA hat später bekannt gemacht, dass die Gelder für die Aktivitäten dieser Mannschaft von der CIA über Kanäle bereitgestellt wurden, die unter Beteiligung chilenischer Unternehmerorganisationen hergestellt worden waren.

Jene stetig wachsende Reihe chilenischer Ökonomen – die so genannten Chicago Boys, da sie eng mit den neoliberalen Vordenkern der Chicagoer Schule um Milton Friedman verbunden waren – wurde entscheidend für die neoliberale Transformation. Rolf Lüders, prominentes Mitglied der Chicago Boys, beschrieb diese „Phantomexperten“ auf folgende Weise: „Um die Mitte der fünfziger Jahre hatte die Universität von Chicago ein Programm des akademi-



▲ Polizeieinsatz in Stadtzentrum Santiago, 12. Dezember 1989

schen Austauschs mit der Katholischen Universität begonnen. (...) Bis 1972 traten viele dieser Ökonomen – zurück in Chile – als Vollzeit-Professoren in die Universitäten ein. Andere übernahmen öffentliche Ämter, besonders während der Regierung Frei. Die Übrigen gingen in die wichtigsten Unternehmen des Landes; aber alle bildeten eine Gemeinschaft, die sich jedes Jahr um die Generation neuer Ökonomen, die aus den chilenischen Universitäten kamen, erweiterte, eine Gemeinschaft, die sowohl eine technische Sprache und einen rationalistischen Problemlösungsansatz als auch den Wunsch gemeinsam hatte, mit ihren Kräften zu einer blühenden, gerechten und freien Gesellschaft beizutragen. Die Mehrheit dieser Ökonomen ist heute, ob es ihnen gefällt oder nicht, bekannt als Chicago Boys.“

Bis Anfang 1975 hatte die Gruppe aus Chicago aber schwer um die Kontrolle der Wirtschaftspolitik zu kämpfen. Während dieser ersten anderthalb Jahre nach dem Militärputsch zielte sie hauptsächlich auf die Korrektur der während

der Allende-Regierung entstandenen Ungleichgewichte. Die mit der Wirtschaft beauftragten Militärs widmeten folglich ihre Hauptanstrengungen dem Ausgleich des Staatshaushalts und der Verminderung der Inflation. Auch das erste vornehmlich von Zivilisten gestellte Wirtschaftsteam bekräftigte die Absicht, die Inflation durch gemäßigte Schnitte im Staatshaushalt zu vermindern, weil man fürchtete, dass drastische Lösungen katastrophale Ergebnisse zeitigen würden.

Solche katastrophalen Ergebnisse wurden tatsächlich mit der „Schockbehandlung“ erreicht, die im April 1975 eingeleitet wurde. Gleichzeitig damit ergab sich die Vorherrschaft der Chicago-Boys. Die „schrittweise“ Inflationsbekämpfung wurde verworfen und die Kürzung des Staatshaushalts drastisch verstärkt. Diese Maßnahmen stürzten die Wirtschaft in eine tiefe Rezession, während derer das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 12,9 Prozent sank. Zwischen 1973 und 1980 wurden buchstäblich alle Kontrollen der Regierung über die Einzelhandelspreise abge-

schaft; nur die Löhne, also die Preise für die Ware Arbeitskraft, blieben streng kontrolliert.

Der Prozess der „Marktöffnung“ für ausländische Operationen verlief ebenso schnell. Die durchschnittlichen Einfuhrzölle wurden Schritt für Schritt von 92 auf 10 Prozent gesenkt. Gleichzeitig mit der Senkung der Zolltarife wurden auch alle Einfuhrbeschränkungen beseitigt. Ende 1976 zog sich Chile aus dem Andenpakt (und damit der regionalen Integration, Anm. der Red.) zurück.

Bezüglich der Reduzierung und Neuorientierung der Teilhabe des Staates an der Wirtschaft gab es drei Hauptbestrebungen: die Verkleinerung des öffentlichen Sektors, die Minimierung des regulierenden Einflusses der Regierung in der Wirtschaft und die Beseitigung der Rolle, die die Regierung in der direkten Produktion und als Organismus bei der Entwicklungsförderung spielte. Zwischen 1973 und 1979 gingen die Regierungsausgaben von 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 26 Prozent zurück. Diese Reduzierungen, die auf eine Verminderung des Haushaltsdefizits und der Inflation zielten, wurden auch beibehalten, nachdem das Defizit beseitigt war. Die Beschäftigung im Staatsapparat sank in weniger als vier Jahren um fast 20 Prozent.

Nach der Ausführung der eben beschriebenen Wirtschaftsmaßnahmen konzentrierten die Chicago Boys ihre Anstrengungen darauf, die Logik des Marktes auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen auszudehnen. Die so genannten „Modernisierungen“ bedeuteten die Privatisierung der grundlegenden sozialen Dienste im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und in der Sozialversicherung, die Ausarbeitung eines Arbeitsplanes (Plan Laboral), der dazu bestimmt war, mittels der Repression der existierenden Gewerkschaften „eine freie Gewerkschaftsbewegung“ zu entwickeln. Alle diese Maßnahmen zielten gleichzeitig auf die Reduzierung der Macht des Staates und auf die Atomisierung der zivilen Gesellschaft.

Trotz der massiven Verfolgung von Demokrat_innen und Sozialist_innen, trotz der Ermordung von Tausenden Regimegegnern blieb die Loyalität der Gruppe gegenüber dem Diktator Pinochet unerschütterlich und ihr Einfluss auf den Diskurs der regierenden Militärmannschaft wurde immer offenkundiger. In *El Mercurio* wurde das Projekt „eines Bündnisses zwischen den Militärs und

den Ökonomen“ offen gefeiert. Man bekannte sich zum politischen Autoritarismus als notwendiger Bedingung für das Wirtschaftsmodell und war sich mit den Militärs darüber einig, dass es darum gehe, die Bedeutung der Politik in der Gesellschaft zu vermindern.

Die Schockbehandlung und die Einschränkung des Staatsapparates hatten verheerende Auswirkungen auf die Mittelklasse und ihre Entwicklungsaussichten; gleichzeitig war die Arbeitslosigkeit auf bis dahin unbekannte Höhen von weit über 30 Prozent gestiegen. Sozialen Kosten dieser Größenordnung hätte man unter demokratischen Verhältnissen nicht entgegen treten können. Der Autoritarismus war also für die neoliberale „Revolution“ ein lebenswichtiges Element.

Kritische Stellungnahmen von Verbänden, politischen Führern und Kirchenführern wurden als unqualifizierte Behauptungen von Leuten abgetan, die einer der Wissenschaft fremden, vormodernen Welt verhaftet seien. Durch die Tageszeitung *El Mercurio* erfolgte eine systematische Indoktrination in einem Stil, wie man ihn für die Verbreitung eines Dogmas benutzt. Was Bertolt Brecht in seinem Gedicht „Lob des Kommunismus“ über den Kommunismus gesagt hat, war die Quintessenz dessen, was *El Mercurio* über den Neoliberalismus schrieb: „Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht. ... Er ist nicht das Chaos, sondern die Ordnung. Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist.“

Von der Klassenneutralität, derer sich der „wissenschaftliche“ Neoliberalismus so sehr rühmte, konnte dabei keine Rede sein. Das Zerstörungswerk war nämlich verbunden mit einer ebenfalls beispiellosen Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu Ungunsten der ärmeren Schichten der Bevölkerung. Jahrelange extrem hohe Arbeitslosigkeit und gewalttätig gedrückte Löhne sorgten dafür, dass diese Schichten, als nach 1986 wieder Wachstum möglich wurde, einen noch kleineren Anteil an dem geschrumpften Kuchen hatten. So ist Chile heute eins der Länder in der Welt, in denen Einkommen und Vermögen am ungleichsten verteilt sind. Und während die neoliberale Ideologie behauptet, dass die Entfernung der Politik aus dem Wirtschaftsleben die sicherste Garantie gegen Diskriminierungen und Korruption biete, hat die neoliberale Politik bei der Organi-

sation des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft durch Knebelung der Gewerkschaften und Verschleuderung der Staatsunternehmen große Teile der Bevölkerung bewusst diskriminiert und der Korruption solchen Vorschub geleistet, dass die Militärs sich sogar gezwungen sahen, einzelne der Chicago Boys in ein – sehr komfortables – Gefängnis zu stecken.

Das bleibende Ergebnis der neoliberalen „Revolution“ besteht aber vor allem darin, dass die so genannten „Modernisierungen“ in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine Atomisierung der Gesellschaft hervorgebracht haben, wie sie in Chile viele Jahrzehnte lang nicht bekannt gewesen war. Die Menschen sind mit aller Macht dazu gebracht worden, nur noch das eigene persönliche Wohlergehen zum Maßstab aller Dinge zu machen. Solidarität, wie sie in Chile vor 1973 sehr verbreitet war, ist nicht mehr gefragt.

Die Demokratisierung, die 1990 zum Ende der Militärdiktatur und zur Wahl einer demokratisch orientierten Regierung aus Christdemokrat_innen

und Sozialist_innen geführt hat, hat an diesem Zustand nichts Wesentliches geändert. Hatten die Ökonomen aus diesen demokratischen Parteien noch bis 1989 die neoliberale Theorie und Praxis aufs Heftigste kritisiert, so liefen sie nun mit fliegenden Fahnen über, um das seit 1986 existierende steile Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden. Seither wird jede Abweichung vom Pfad der neoliberalen Tugend als „populistische“ Verblendung gebrandmarkt.

Wesentlichen Veränderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind ohnehin durch die von Diktator Pinochet durchgesetzte Verfassung von 1980 enge Schranken gesetzt. Sie ist so gestrickt, dass grundsätzliche oder weit reichende Veränderungen praktisch nur im Konsens mit der Minderheit möglich sind, die sich der Erbschaft verpflichtet fühlt, die die Militärs und die Chicago Boys hinterlassen haben. Von einer Demokratie, in der die Mehrheit die Chance hätte, das Schicksal des Landes in eine andere Richtung zu lenken, ist Chile deshalb vorerst noch entfernt.

// Urs Müller-Plantenberg

▼ **Demonstration für das NEIN im Referendum gegen Pinochet** Santiago, 01. Oktober 1988



VON GESUNDHEITSBRIGADEN ZU PRIVATEN DIENSTLEISTERN

DAS CHILENISCHE GESUNDHEITSSYSTEM VOR UND NACH DEM MILITÄRPUTSCH VON 1973

In Chile hat das Gesundheitssystem von der Regierung Allende an bis heute einen starken Wandel durchgemacht. Von einer positiven Entwicklung kann jedoch kaum die Rede sein. Besonders die Pflegeberufe haben während der Diktatur eine starke Abwertung erfahren, die bis heute anhält. Die viel gepriesene lateinamerikanische Vorbildfunktion stellt sich somit als weiterer Mythos heraus.

Am 12. September 1978 wurde auf der Konferenz von Alma Ata (heute Almaty, Kasachstan) eine Garantie der medizinischen Grundversorgung aller Menschen dieser Erde gefordert. Das Konzept einer „sozialen Medizin“, wie es in der Abschlusserklärung der Vertreter_innen aus 134 Mitgliedsländern der WHO und 67 UN- und Nichtregierungsorganisationen formuliert wurde, war jedoch nicht neu. Die gesundheitspolitischen Maßnahmen ausgewählter Länder dienten den Konferenzteilnehmer_innen als Vorbild. Eines dieser Länder mit Vorbildfunktion war Chile. Dort war 1952 die erste für die gesamte Bevölkerung konzipierte Gesundheitsversorgung Lateinamerikas eingerichtet worden. Einen bedeutenden Anteil daran hatte der Arzt und Politiker Salvador Allende. 1978, als die erste internationale Gesundheitskonferenz in der Hauptstadt der damaligen Kasachischen SSR abgehalten wurde, war der ehemalige chilenische Präsident bereits seit fünf Jahren tot. Ironischerweise stand die von ihm geschaffene Basis einer für jede_n Bürger_in bezahlbaren Gesundheitsversorgung in seinem Heimatland kurz vor der Auflösung.

In den vorangegangenen Jahrzehnten, das heißt im Zeitraum zwischen 1900 und 1960, kann man von einer Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung des Gesundheitswesens nicht nur in Chile, sondern in vielen Ländern Lateinamerikas sprechen. Erst damals begannen sich die Berufs-

gruppen herauszubilden, die auch heute noch die professionelle medizinische Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Und auch hier war Chile ein Vorreiterland. In einer Zeit, in der es in Deutschland noch keine einheitliche Krankenpflegeausbildung gab, erreichte man in Chile mit der Einrichtung eines Pflegestudiengangs schon 1929 das bis heute höchste Niveau der pflegerischen Professionalisierung. Zu Beginn der Präsidentschaft Salvador Allendes arbeitete in den chilenischen Gesundheitszentren (ländliche Regionen) und Krankenhäusern ausschließlich weibliches Pflegepersonal, weswegen die Bezeichnung „Krankenschwester“ als Berufsbezeichnung tatsächlich zutrifft.

Der deutsche Arzt, Archäologe und Politiker Rudolf Virchow (1821-1902) hat einmal gesagt, „die Medizin ist eine soziale Wissenschaft, und die Politik ist nichts weiter als Medizin im Großen.“ Allende hatte nicht erst ab 1970, sondern schon während seiner Amtszeit als Gesundheitsminister unter der Präsidentschaft Pedro Aguirre Cerdas (1838-1941) versucht, diese Maxime in dem Modell einer gerechteren medizinischen Versorgung der chilenischen Bevölkerung umzusetzen. Doch erst während der eigenen Präsidentschaft (1970-1973) konnte er die Umsetzung einer kostenlosen Gesundheitsversorgung sowie deren Zentralisierung und Demokratisierung vorantreiben. So genannte „Gesundheitsbrigaden“, gebildet aus Ärzten, Krankenschwestern und Pflegehelfern, sollten sich ohne Rücksicht auf die finanzielle Situation um das gesundheitliche Wohl aller Menschen kümmern. Dieses Vorhaben führte jedoch zu scharfen Protesten eines Großteils der Ärzteschaft, die wiederum dazu beitrugen, dass Allendes Reformen im Gesundheitswesen nicht flächendeckend umgesetzt werden konnten.

Die Gesundheitsreformen der Militärregierung von General Augusto Pinochet stoppten die Entwicklung einer chilenischen sozialen Medizin und

gingen in eine völlig andere Richtung. Der zentralistisch organisierte Wohlfahrtsstaat Allendes wurde der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschafts-, Sozial und Gesundheitspolitik unterworfen. Zwischen 1974 und 1989 wurden die staatlichen Ausgaben für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung um mehr als die Hälfte reduziert

nicht, oder nur sehr rudimentär, auf die politischen Hintergründe einer Epoche ein, in der die Professionalisierung sowie die materielle und die ideelle Entwicklung des Krankenpflegeberufs in Chile vollkommen zum Stillstand kam. Während die Ärzteschaft den Status autonomer Selbstverwaltung erhalten konnte, drohte anderen



▲ Aktion der Bewegung gegen Folter Sebastian Acevedo vor dem Dom Santiago, 04. Oktober 1988

(von 17,5% auf 6,9% im Jahr). Mit der Liberalisierung des Krankenversicherungsmarktes 1981 trat die weitreichendste Reform in Kraft. Die chilenischen Bürger_innen können seitdem sowohl der öffentlichen Krankenkasse FONASA (Nationaler Gesundheitsfonds) als auch einer privaten Krankenversicherung, den sogenannten ISAPREs, beitreten. Der Arbeitnehmerbeitrag als Versicherungsbeitrag wurde beibehalten, den Arbeitgeberanteil schafften die Reformer der Militärjunta ab. Viele wissenschaftliche Abhandlungen gehen

Berufsgruppen des Gesundheitswesens durch umfangreiche Budget-Kürzungen, Abschaffung von Ausbildungsprogrammen, politische Einflussnahme auf die gewerkschaftliche Organisation und Verlust der Weisungsbefugnis die Möglichkeit zur Professionalisierung und Interessenvertretung. Alle Krankenschwestern waren bis 1980 in einer nationalen Pflegekammer, dem Colegio de Enfermeras de Chile (CECh), organisiert. Die verpflichtende Mitgliedschaft in dieser Körperschaft öffentlichen Rechts wurde per Ge-

setz abgeschafft und damit die wichtigste Interessenvertretung der Pflegenden demontiert. Da dem öffentlichen Gesundheitssektor die finanzielle Förderung entzogen wurde, sanken die Gehälter der Krankenschwestern. Viele wanderten zu privaten Dienstleistern ab, die jedoch nur von vermögenden Bürger_innen in Anspruch genommen werden konnten. Die Konsequenz dieser Reformen ist noch heute in vielen chilenischen Krankenhäusern sichtbar. Dort gibt es generell einen hohen Qualitätsunterschied zwischen der privaten und der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Ebenfalls im Jahr 1980 leitete die Neuregelung der universitären Ausbildung durch eine Nicht-Erwähnung des Pflegeberufs faktisch einen Ausschluss der Krankenpflege aus dem universitären Lehrbetrieb ein. Direkte Folge dieser Maßnahme war die Abwertung des Pflegeberufs. Den Krankenschwestern war es nun nicht mehr erlaubt, administrative Aufgaben zu übernehmen, zum Beispiel Gesundheitszentren zu leiten, oder über die therapeutischen Maßnahmen mitzuentcheiden. Der damals allgemein niedere Status der Frauen in der chilenischen Gesellschaft wurde nach einer langen Periode der beruflichen Gleichberechtigung nun auch für die Pflegenden zementiert. Die Ärzteschaft, die sich in großen Teilen massiv gegen die Gesundheitspolitik Allendes gewehrt hatte, errang die Federführung in der Gesundheitsversorgung, die Krankenschwestern wurden zu Weisungsempfängerinnen degradiert.

Die Gesetzesvorhaben zur Dezentralisierung der Selbstverwaltung der Pflegenden und zur Beschränkung ihres Ausbildungsstandards führten zu zahlreichen öffentlichen Beschwerden der Angehörigen des CECh beim Gesundheitsministerium. Solche Interventionen auf zentraler Ebene blieben erfolglos. Es gelang den Krankenschwestern in Zusammenarbeit mit den Universitäten, jedoch, bis 1990 den akademischen Lehrbetrieb an einigen Orten wieder aufzunehmen. Erfolg hatten auch die lokal begrenzten Initiativen des CECh, deren Ziel es war, ein gewisses Maß an autonomer Arbeitsplanung beizubehalten oder wiederzuerlangen.

Trotz der Änderungen kann das chilenische Gesundheitssystem sich heutzutage nicht nur im südamerikanischen, sondern auch im weltweiten Vergleich behaupten. Das erklärt sich aus dem

starken Anstieg der Wirtschaftsleistung und der Armutsverringerung nach dem Ende der Pinochetdiktatur. Doch sind die Erfolge bei der flächendeckenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung nicht auf die von der Militärjunta eingeführte Wahlfreiheit zwischen staatlicher und privater Krankenversicherung zurückzuführen. 80% der Krankenversicherten nehmen heute den staatlichen Versicherungsschutz in Anspruch. So obliegt zum Beispiel die Versorgung der drei Millionen mittellosen Bürger_innen im chilenischen Kassenwettbewerb allein der öffentlichen Krankenversicherung. Nur der öffentlichen Hand ist es darum zu verdanken, dass Chile eines der wenigen Entwicklungs- oder Schwellenländer ist, in dem die gesamte Bevölkerung gegen Krankheitsfolgen abgesichert ist. Doch ist die Qualität der medizinischen Grundversorgung der meisten Chilen_innen nur ausreichend, stellenweise sogar mangelhaft.

Unter dem vielversprechenden Namen AUGE – Acceso Universal con Garantías Explicitas (Umfassender Zugang mit ausdrücklichen Garantien) hat die Regierung des sozialistischen Präsidenten Ricardo Lagos im Jahr 2005 eine flächendeckende Reformierung des Gesundheitswesens in Kraft treten lassen, um drängende Probleme wie lange Wartezeiten und explodierende Zuzahlungen im öffentlichen Sektor zu begrenzen. Die Erfolge sind aufgrund der weiter steigenden Kosten für die medizinischen Leistungen begrenzt. Die chilenischen Bürger_innen leiden zum Beispiel unter materiell schlecht ausgestatteten Gesundheitszentren und unfreundlichem Klinikpersonal – eine Kritik, die sich auch gegen die Krankenschwestern richtet und von deren Warte aus auch berechtigt ist. Der seit den 1960er Jahren bestehende Pflegekräftemangel ist in den 1980er Jahren durch die Kürzungen im Gesundheitswesen weiter verschärft worden und die wissenschaftliche Aus- und Weiterbildung kam fast völlig zum Erliegen. Von einer aus medizinischer wie sozialer Perspektive heraus vertretbaren Gesundheitsversorgung ist Chile 40 Jahre nach Beginn der neoliberalen Reformen weiter entfernt als zum Zeitpunkt der Deklaration von Alma Ata oder der Präsidentschaft ihres Vordenkers Salvador Allende. So wie diesseits des Atlantik wird in Chile Gesundheit zu einer Ware, die sich immer weniger Menschen leisten können.

// Markus Thulin

DIE WAHL DER QUAL

DAS CHILENISCHE WAHLSYSTEM IST EIN ERBE DER DIKTATUR

Am 17. November werden in Chile ein Präsident oder eine Präsidentin sowie ein neues Parlament gewählt. Themen im Wahlkampf sind vor allem Reformen des Bildungs- und des Gesundheitssystems sowie das Energieproblem. Zur Debatte steht jedoch auch das Wahlsystem selber.

Noch ist es eine Weile hin, doch die Vorzeichen sind deutlich: Ex-Präsidentin Michelle Bachelet von der Sozialistischen Partei ist die aussichtsreichste Bewerberin bei den Präsidentschaftswahlen in Chile am 17. November. Bei den Vorwahlen des Oppositionsbündnisses Nueva Mayoría (ehemals Concertación) konnte sie sich Ende Juni klar durchsetzen. Für das rechte Bündnis Alianza por Chile tritt Pablo Longueira von der Unabhängigen Demokratischen Union (UDI) an. Seine Karriere begann er unter Pinochet, unter dem aktuellen Präsidenten Sebastián Piñera war er bis vor kurzem Wirtschaftsminister. Piñera ist der erste Präsident seit der Rückkehr zur Demokratie 1989, der nicht der Concertación, einem Bündnis von Mitte-links-Parteien, entstammte. Andere Kandidat_innen werden kaum eine bedeutende Rolle spielen.

Auch bei den zeitgleich stattfindenden Parlamentswahlen werden neben der Nueva Mayoría und der RN andere Parteien unter ferner liefen firmieren. Das in Chile geltende Wahlsystem führt dazu, dass im Parlament strukturell zwei ähnlich große Blöcke dominieren. Chile ist eines von wenigen Ländern, in denen die Parlamentarier_innen beider Kammern nach dem binominalen Wahlrecht gewählt werden. Dabei werden in jedem Wahlkreis zwei Mandate vergeben. Derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinen kann, zieht in die jeweilige Kammer ein. Falls dieser Kandidat mindestens zwei Drittel der Stimmen erhält (*doblafe*), bekommt seine Koalition auch das zweite Mandat, andernfalls wird dieses automatisch an den die bestplatzierten Kandidat_in der zweitstärksten Koalition vergeben.

Diese Konstellation bewirkt, dass bei annähernder Stimmengleichheit zwischen zwei Parteien oder Koalitionen die beiden stärksten Kandidat_innen – gemäß des Wählerwunsches – als Sieger_in aus der Wahl hervorgehen. Doch es hat auch zur Folge, dass in einem Wahlkreis mit einer sehr starken Kandidatin, die knapp weniger als zwei Drittel der Stimmen auf sich vereint, der zweitplatzierte Kandidat, der dann nur sehr wenige Stimmen erhalten hat, ebenfalls in die jeweilige Kammer einzieht. Bestes Beispiel ist der Wahlkreis La Florida. Dort hat Carlos Montes von der sozialistischen Partei 2009 über 50 Prozent der Stimmen erhalten. Dennoch ist auch der zweitstärkste Kandidat in diesem Wahlkreis, Gustavo Hasbún von der rechtskonservativen UDI vom Parteienbündnis Allianz für Chile in das Parlament eingezogen, obwohl er nur wenig mehr als ein Viertel der Stimmen erzielt hat. Theoretisch könnte die zweitstärkste Koalition mit weitaus weniger Stimmen die gleiche Anzahl an Sitzen im Parlament erhalten wie die stärkste Koalition.

Eine Folge dieses Systems ist eine starke Bipolarisierung. Die großen Parteienbündnisse Concertación sowie die rechtsgerichtete Allianz für Chile dominieren die politische Szene seit 1989. Beide Koalitionen sind immer etwa gleichstark, bis 2009 hatte die Concertación leichte Mehrheiten, seit 2009 die Allianz. Somit herrscht ein institutionalisiertes „ständiges Unentschieden“, so der Journalist Libio Pérez. Auch im Wahlausschuss Serval, der die Durchführung der Wahlen organisiert und überwacht, zeigt sich dieses ausgeglichene Starkerhältnis durch paritätische Besetzung mit jeweils zwei Mitgliedern aus jedem der beiden großen Blöcke.

Dass eine Koalition beide Mandate eines Wahlkreises erhält, ist nahezu ausgeschlossen. Bei der Wahl 2009 hat kein Parlamentarier die für eine *doblafe* erforderlichen zwei Drittel der Stimmen sammeln können. Da es somit sehr wahrscheinlich ist, dass für jeden Block nur der Erstplatzierte

ins Parlament einzieht, gehen jeder Wahl harte innerkoalitionäre Auseinandersetzungen voraus. Vernachlässigt wird dadurch der Diskurs mit dem politischen Gegner über grundlegende Richtungsentscheidungen für das Land. So konnten weder von der Concertación noch von der Allianz überzeugende Vorschläge zur Reform des Bildungssystems vorgelegt werden.

Ein weiteres Ergebnis des binominalen Wahlsystems ist, dass kleinere Parteien oder Koalitionen kaum die Möglichkeit haben, Wahlerfolge zu erzielen. Bei der Parlamentswahl 2009 konnte die Kommunistische Partei erstmals seit 1973 wieder mit drei Abgeordneten ins Parlament einziehen – allerdings erst, nachdem sie sich mit der Concertación verbündet hatte. Dieser Schritt war stark umstritten und hat zu vielen Parteiaustritten geführt. Seit der Rückkehr zur Demokratie gab es 19 Versuche zur Änderung des entsprechenden Gesetzes. Die Mehrzahl wurde von Parlamentarier_innen der Concertación vorgeschlagen. Alle sind, wie Pérez schreibt, „an der unüberwindbaren Mauer der politischen Rechten“ abgeprallt. Erst im Januar 2013 ist eine erneute Initiative zur Änderung des Wahlsystems im Senat am Widerstand der UDI und der RN gescheitert. Dabei wurde die Änderung von Senator_innen dieser beiden Parteien mit ausgearbeitet. Lediglich durch die Enthaltung von zwei Senator_innen wurde die nötige Zweidrittel-Mehrheit bei der Abstimmung verfehlt. Tatsächlich ist das ausgeglichene Kräfteverhältnis im Parlament dafür verantwortlich, dass die in der Verfassung von 1980 festgeschriebenen zwei Drittel der Stimmen bei derartigen Abstimmungen nie erreicht wurden. Dennoch wäre es falsch zu behaupten, dass lediglich die rechten Parteien Nutzen aus dem binominalen System ziehen würden. Bei den sechs Parlamentswahlen seit der Rückkehr zur Demokratie 1989 konnten die Concertación und das Rechtsbündnis jeweils dreimal davon profitieren.

Eine direkte Auswirkung dieses Systems ist das wachsende Desinteresse an der Politik. Die Kandidat_innen und deren politische Programme innerhalb der Blöcke sind kaum voneinander zu unterscheiden. Intransparenz, Dominanz durch die Parteiliten sowie „Zuschachern“ von politischen Posten innerhalb der großen Blöcke gelten als unmittelbare Folge des Wahlsystems. Bei den Kommunalwahlen 2012 beteiligten sich beispielsweise nur etwa 40 Prozent der Wähler_innen. Eine Stu-



▲ Festnahme während eine Demonstration
Santiago, 02. Oktober 1988

die der Universidad Central kommt zu dem Ergebnis, dass die Nichtausübung des Wahlrechts insbesondere in den Stadtteilen Santiagos verbreitet ist, die hauptsächlich von unteren Einkommensniveaus und sozialen Problemen geprägt sind.

Doch obwohl sich die etablierten Koalitionen weiterhin schwer tun, das binominale System zu ändern, gibt es Erfolge: Die ebenfalls seit Jahren diskutierte Einführung der automatischen Wählerregistrierung und das freiwillige Wahlrecht wurde bei den Kommunalwahlen 2012 erstmals angewandt. Zuvor musste man sich erst registrieren lassen, um wählen gehen zu können. Einmal registriert, fiel man unter die Wahlpflicht und musste empfindliche Geldbußen zahlen, wenn man dieser nicht folgte. Diese Reform hat zwar nicht zu höherer Wahlbeteiligung beigetragen, war aber dennoch ein wichtiger Schritt in Richtung einer Demokratisierung des Wahlsystems.

Die Opposition gegen eine Reform des binominalen Systems zeigt sich indes nicht geschlossen. So stimmte die Senatorin Lily Pérez von der RN im Januar 2013 für eine Änderung: „Das binominale System hat unser Land extrem polarisiert, indem es sämtliche Unterschiede in den Koalitionen erstickt“.

// Oliver Niedhöfer

WIDERSPRÜCHLICH UND MACHTLOS

CHILENISCHE GEWERKSCHAFTEN SIND KAUM IN DER LAGE, GEGEN SCHLECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN ANZUKÄMPFEN

Stabilität, Wachstum und Entwicklung sind nur einige der Stärken, die Chile wirtschaftlich zugeschrieben werden. Die prekäre Situation der chilenischen Bevölkerung, die unter oftmals unwürdigen Bedingungen arbeitet, wird meist wenig beachtet. Gewerkschaften scheitern oft am Desinteresse der Politik und interner Korruption.

Milton Friedman bezeichnete Chile seinerzeit als Labor des Neoliberalismus, geeignet für die Experimente der Chicago Boys. Dass jenes Wirtschaftssystem sich auch im Rahmen der Demokratisierung nur unwesentlich verändert hat, macht sich vor allem in der Arbeitswelt bemerkbar. Chile verfügt über eine Gewerkschaftslandschaft, die zwar vielseitig, jedoch wenig einflussreich ist. Die Arbeitsbedingungen eines großen Teils der Bevölkerung sind nicht zuletzt deswegen alarmierend. So sind heute weniger als 10 Prozent der chilenischen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert (im Vergleich dazu in Deutschland etwa 20 Prozent), von diesen erringt wiederum nur ein geringer Teil Verhandlungserfolge mit den meist privaten Unternehmen. Somit hat die große Mehrheit der arbeitenden Chilen_innen keine Möglichkeit, ihre Arbeitsbedingungen mithilfe einer Gewerkschaft zu verbessern. Oftmals wird sogar der Entstehungsprozess solcher Organisationen von Unternehmen behindert, die ihre Profitrate gefährdet sehen.

Der chilenische Staat stellt keine Schutzmaßnahmen für seine arbeitende Bevölkerung zur Verfügung. Die Arbeitsgesetze stammen aus den Zeiten der Diktatur, ein Streikrecht existiert nicht. Unternehmen haben bei Verstößen gegen das Streikverbot das Recht, die involvierten Arbeiter_innen umgehend zu entlassen. So wurde beispielsweise die Mehrheit der gewerkschaft-

lich organisierten Journalist_innen und Grafiker_innen der lokalen Tageszeitung *El Mercurio de Valparaíso*, die im Mai und Juni dieses Jahres mehr als 20 Tage lang für eine Gehaltserhöhung gestreikt haben, entlassen und durch neue ersetzt. Die Zeitung erschien in dieser Zeit weiterhin jeden Tag. Auf diese Weise verlieren viele Arbeiter_innen das Vertrauen in ihre Gewerkschaften, die häufig die Interessen des Betriebs über das Wohl der Angestellten stellen. Dieser Widerspruch ist in Chile weit verbreitet, wird jedoch häufig nicht als ein solcher angesehen, da nur wenige Gewerkschaften tatsächlich dem Schutz und der Interessenvertretung ihrer Mitglieder dienen.

In den Worten des Finanzministers Felipe Larraín befindet sich der chilenische Arbeitsmarkt „annähernd in einer Situation der Vollbeschäftigung“. Es ist jedoch fraglich, ob diese Beschäftigungsverhältnisse den Ansprüchen der Arbeiter_innen genügen. Eine Befragung des Nationalen Statistikinstitutes INE erhält den Mythos aufrecht. „Die Daten sind gerade ausreichend, um das Bild eines Landes zu schaffen, das produktiv ist und Arbeit für alle garantiert“, so die Fundación Sol, eine Stiftung, die sich mit Arbeitsbedingungen und Arbeitsrecht beschäftigt.

Zudem erhöhen chilenische Unternehmen ständig ihre Flexibilität. So gilt beispielsweise der Vertrag eines_r Schichtarbeiter_in meist lediglich für die Dauer einer einzelnen Schicht. Durch das Fehlen eines stabilen Vertrags geht der Anspruch auf staatliche finanzielle Hilfe verloren, wie zum Beispiel auf Wohnungszuschüsse. Renteneinzahlungen können kaum geleistet werden. Auch die Möglichkeit, einen Kredit aufzunehmen, besteht auf dieser Vertragsbasis nicht, was wiederum den Zugang zu Universitäten aufgrund der hohen Studiengebühren erschwert.

Im Mai bezeichnete die christdemokratische Senatorin Soledad Alvear die Arbeitsbedingungen der Schichtarbeiter_innen in Call Centern als Sklaverei: „Die Bedingungen sind unmenschlich, bei jedem Gang zur Toilette setzt das Gehalt aus.“ Verstöße gegen das Arbeitsgesetz seien an der Tagesordnung. „Schwangere und Mütter mit Kindern unter zwei Jahren müssen Nachtschichten übernehmen“, kritisiert Alvear.

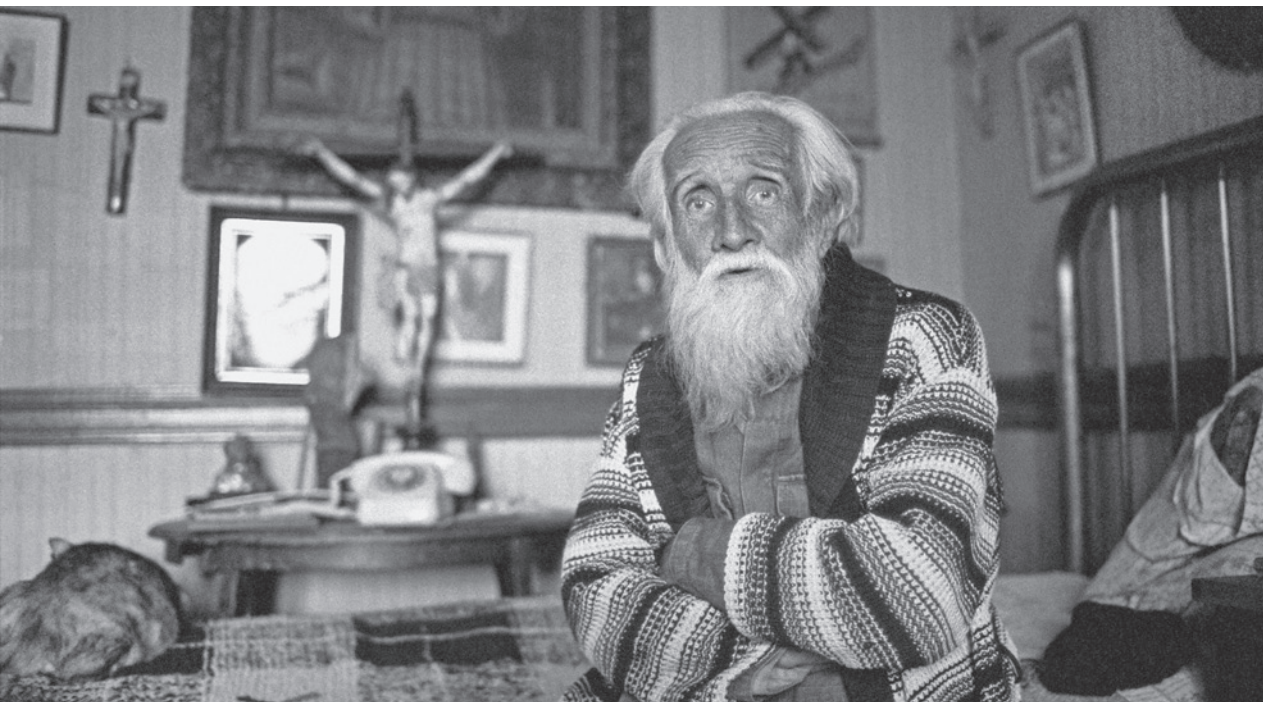
Für viele Arbeiter_innen ist der gewerkschaftliche Dachverband (CUT) mitverantwortlich für die schlechten Bedingungen. Barbara Figueroa, Professorin für Philosophie, Mitglied der Kommunistischen Partei und Präsidentin des CUT sieht das grundlegende Problem in der Ungleichheit der Gehälter: „Wir benötigen neue Arbeitsgesetze, die von den Arbeiter_innen selbst mitbestimmt werden müssen, um die Klassenteilung der Arbeitswelt aufzuheben.“ Für Figueroa ist dieses Wahljahr ausschlaggebend: „Mit den Kandidat_innen der Concertación (Bündnis von Mitte-Links-Parteien; Anm. der Red.) haben wir uns bereits getroffen. Wir sind uns einig, dass das Symbol der Ungleichheit das Gesicht des Arbeiters ist, und dass sich das ändern muss.“ José Agurto hingegen, Sprecher der Unión Portuaria del Biobío, dem Dachverband der Hafengewerkschaften Südschiles, ist der Meinung, dass ein grundlegender Wandel von

der arbeitenden Bevölkerung selbst ausgehen und von unten heraus institutionalisiert werden müsse: „Wir müssen uns unseren eigenen Weg vorgeben. Die traditionellen Strukturen wie Parteien und Regierungen interessieren sich nicht für uns, nur auf unser Aufbegehren reagieren sie mit Repression.“ Eine ähnliche Sichtweise vertritt Jorge Peña, Vorsitzender der Gewerkschaft des staatlichen Kupferunternehmens Codelco: „Es liegt in unseren Händen, unsere eigene Arbeitsrealität zu verbessern. Die Umfragen bestätigen eine sehr hohe Unterstützung seitens der chilenischen Bevölkerung für soziale Bewegungen wie die Studierenden oder die Beschäftigten der Kupferminen.“ Um wirklich etwas verändern zu können, müssten die Gewerkschaften sich laut Peña zentraler organisieren und gleichzeitig auf spezielle Bedürfnisse eingehen, wie zum Beispiel denen derjenigen Arbeitnehmer_innen, die mit dem System der Leiharbeit zu kämpfen haben. Zudem, so Peña, müsse man dafür sorgen, dass mehr Menschen die Möglichkeit bekommen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und sich auf diese Weise Gehör zu verschaffen: „Wir müssen unsere Ziele in einer einzigen Bewegung formulieren, die von der Regierung nicht ignoriert werden kann.“

// Nicolás Véliz Rojas

Übersetzung: Elena von Ohlen

▼ **Clotario Blest Riffo, Gründer der CUT** In seiner Wohnung, Santiago, 10. Februar 1986



MORD UND SCHLAGSTOCK

IM NEOLIBERALEN MUSTERLAND CHILE HAT REPRESSION VIELE GESICHTER

Die Unterdrückung oppositioneller Strömungen geht in Chile auch 23 Jahre nach Ende der Militärdiktatur weiter. Mit der 2011 entstandenen Studierendenbewegung ist jedoch ein neuer Faktor ins Spiel gekommen, der unterschiedliche Richtungen zu integrieren versucht und auf eine neue und demokratischere Verfassung hinarbeitet.

Das letzte Opfer war ein 16-jähriger Schüler. Manuel Gutiérrez war im August 2011 auf dem Weg zu einer Demonstration, als ihn ein Polizist erschoss. Im oft als „ökonomischen Musterland Lateinamerikas“ bezeichneten Chile ist dies allerdings bei weitem kein Einzelfall. Seit dem Ende der Militärdiktatur 1990 wurden mehr als 70 politische Aktivist_innen von der chilenischen Polizei ermordet. Auch wenn die Häufigkeit dieser Morde in den letzten Jahren abgenommen hat, funktioniert der Repressionsapparat in Chile weiterhin mit großer Brutalität. Tränengasgranaten, Wasserwerfer und „Zorrillos“ – Stinktier – genannte Fahrzeuge mit Tränengasdüsen auf dem Dach gehören neben Schlagstöcken und Gummigeschossen zu den Waffen, die auf fast jeder Demonstration zum Einsatz kommen. Aber auch abseits von physischer Gewalt findet in Chile starke Repression statt.

Diese richtet sich im Moment vor allem gegen die neu entstandene Studierendenbewegung. Mit einer ersten Demonstration im April 2011 begann eine in der jüngeren Geschichte Chiles beispiellose Mobilisierung von Studierenden und Schüler_innen. Die anfänglich schwach besuchten Demonstrationen gewannen schnell an Größe und schon im August desselben Jahres fand mit einer Million Demonstrant_innen die bis zu diesem Zeitpunkt größte Demonstration seit dem Ende der Militärdiktatur statt. Die seither konstant fortlaufenden Proteste richten sich gegen das enorme und ungerechte Bildungssystem in Chile, das ebenso wie die 1981 in Kraft getretene Verfassung ein Erbe der Pinochetdiktatur ist.

Mittlerweile hat sich die Bewegung in ihren Forderungen radikalisiert und fordert neben einer Wiederverstaatlichung der Bergbauressourcen im Land eine generelle Abkehr vom neoliberalen Modell in Chile, nicht nur in der Bildung. Dieses Ziel strebt die Bewegung über die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung an, um die heutige Verfassung durch eine Neue zu ersetzen.

Neben meist nicht genehmigten Demonstrationen gehören Besetzungen zum Standardinventar der Bildungsproteste. Im Laufe des vergangenen Jahres war zwischenzeitlich fast der gesamte staatliche Universitätsbetrieb wegen Besetzungen zum Stillstand gekommen und im ganzen Land waren mehr als 400 Schulen besetzt. Die Regierung reagierte, indem sie die juristischen Daumenschrauben anzog – so zum Beispiel indem sie das sogenannte „Hinzpeter-Gesetz“ in die Parlamente einbrachte – benannt nach dem Innenminister und konservativen Hardliner Rodrigo Hinzpeter. Die Gesetzesvorlage sieht unter anderem ein Vermummungsverbot auf Demonstrationen vor sowie „die Störung des öffentlichen Friedens“ – also etwa Besetzungen – zu einer Straftat zu machen, um sie nun mit bis zu fünf Jahren Haft anstatt wie bisher mit Geldbußen zu ahnden. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, könnten diese Strafen auch auf die Organisator_innen von Demonstrationen ausgeweitet werden.

Eine weitere, 2013 lancierte Gesetzesinitiative ist das sogenannte „Ley mi Cabo“ („Mein Gefreiter-Gesetz“). Damit soll das Beleidigen und Schubsen von Polizist_innen unter härter bestraft werden. Diese Vergehen könnten dann mit bis zu 60 Tagen Freiheitsstrafe und Geldstrafen bis zu umgerechnet 455 Euro sanktioniert werden. Problematisch dabei ist vor allem, dass es durch dieses Gesetz „möglich sein wird, jede Person festzunehmen, ohne irgendeinen Beweis gegen sie zu haben“, so Andrés Fielbaum, Präsident der



◀ Festnahme einer Frau
Santiago, 02. Oktober 1988

Studierendenorganisation Fech im Interview mit dem Fernsehsender La Red.

Während die Studierenden in Chile Umfragen zufolge mit ihren Forderungen noch immer Zustimmungswerte um die 80 Prozent bekommen, ist die Situation für andere, weniger sichtbare Protestbewegungen dramatischer. Am schlimmsten trifft es wohl die indigenen Mapuche im Süden Chiles, die mit ihren Forderungen nach Land und kultureller Anerkennung auf wesentlich größere Widerstände treffen als die Studierendenbewegung (siehe Text von Llanquira Painemal in diesem Dossier).

Im Konflikt mit lokalen Großgrundbesitzer_innen und Forstunternehmen besetzen die Mapuche immer wieder Grundstücke und Farmen. Die staatlichen Organe reagieren hierbei mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Emblematische Fälle waren die Morde an den Mapuche-Aktivistinnen Alex Lemún und Matías Catrileo durch chilenische Polizisten in den Jahren 2002 und 2008. Es vergeht jedoch kaum ein Monat, in dem nicht von massiver Polizeigewalt gegen Mapuche und ihre Gemeinden berichtet wird.

Die Gerichte in Chile urteilen seit jeher mit enormer Härte gegen Mapuche, während die für Morde an den Indigenen verantwortlichen Polizeikräfte weitestgehend Straflosigkeit genießen.

Auch das Antiterrorgesetz als schärfstes Mittel der Strafverfolgung des chilenischen Staates wird in

regelmäßigen Abständen zur Ermittlung und Aburteilung von Mapuche-Aktivist_innen eingesetzt. Dieses Sondergesetz ermöglicht weitreichende Ermittlungsbefugnisse sowie die Benennung von anonymen Zeug_innen, die von der Verteidigung nicht vernommen werden dürfen. Außerdem stehen der Verteidigung nicht alle Ermittlungsakten zur Verfügung.

Das bisher erste Verfahren nach dem Antiterrorgesetz nach Ende der Diktatur, das sich nicht gegen Mapuche richtete, war der sogenannte „Caso Bombas“ – der „Fall der Bomben“. In der Hauptstadt Santiago und der zweitgrößten Stadt Chiles, Valparaíso, werden regelmäßig Bankautomaten und Regierungsgebäude wie Polizeiwachen durch Sprengsätze beschädigt. Aber obwohl schon seit Jahren deswegen ermittelt wird, konnten nie Verantwortliche dingfest gemacht werden, bis im August 2010 aus dem Nichts 14 Angeklagte präsentiert wurden. Ihnen wurde vorgeworfen, für mehr als 100 Bombenanschläge verantwortlich zu sein. Mittlerweile sind die Verfahren Geschichte, alle Angeklagten wurden freigesprochen. Die Beweislage war von Anfang an dürrig. So wurden von der Staatsanwaltschaft leere Plastikflaschen, anarchistische Literatur, Videoaufnahmen der Angeklagten in besetzten Häusern und Fahrräder als angebliche Beweise gegen die vermeintlichen Terrorist_innen präsentiert. Die mangelnde Stichhaltigkeit der Anklage verhinderte allerdings nicht,

dass die Beschuldigten erst nach einem 60-tägigen Hungerstreik aus der fast neunmonatigen Untersuchungshaft entlassen wurden.

Der Caso Bombas zeigt eine weitere Facette des chilenischen Repressionapparats: mediale Repression. Kurz nach den Festnahmen der Beschuldigten wurde auf dem Kanal *TVN* eine Sondersendung gezeigt, die im Wesentlichen auf von der chilenischen Kriminalpolizei gesammeltem Material aufbaute. Gesendet wurden Aufnahmen

nach dem selben Muster. Bei Demonstrationen der Studierenden werden lediglich Bilder von Ausschreitungen gezeigt. Der bereits zitierte staatliche Fernsehsender *TVN* entblödet sich nicht, bei jedem Bericht über die Studierendenproteste ein und dasselbe Portrait eines Vermummten zu zeigen, und die geführten Debatten drehen sich dann nicht um die Forderungen der Protestierenden oder die Demonstrationen an sich, sondern um die *encapuchados*, die Vermummten.



▲ Die Kulturbede Ramona Parra Demonstration für das NO gegen Pinochet, Santiago, 01. Oktober 1988

versteckter Kameras vor und in besetzten Häusern sowie aufgezeichnete Telefongespräche, die jedoch keinerlei juristische Aussagekraft hatten. Dennoch war für *TVN* sowie die großen Printmedien *El Mundo*, *La Tercera* und *La Segunda* der Fall bereits klar. Einer der Angeklagten sagte im Interview mit der linken Zeitung *El Ciudadano*: „Einige Medien verurteilten uns bereits öffentlich. Damit haben sie zu einer perfekten Atmosphäre für unsere Festnahmen beigetragen.“

Die Berichterstattung über Proteste in Chile erfolgt in den großen Medien des Landes immer

Diese einseitige Berichterstattung und Gleichsetzung von Protest mit Kriminalität hängt mit der enormen Medienkonzentration in der Hand von wenigen Akteur_innen in Chile zusammen. Lediglich drei Konzerne teilen sich den gesamten chilenischen Fernsehmarkt und alle drei verfolgen eine neoliberal-konservative Agenda. Bei den Printmedien teilen sich nach einer Studie der Universidad de Chile zwei Medienkonzerne, die Gruppe *El Mercurio* sowie *COPESA* (zu der auch *La Tercera* gehört), 99 Prozent des Zeitungsmarkts. Besonders die Rolle der Gruppe *El*

Mercurio und ihres größten Teilhabers Augustín Edwards Eastman ist hierbei von Bedeutung. El Mercurio opponierte schon im Vorfeld des Putsches von 1973 gegen die damalige sozialistische Regierung und bekam dafür finanzielle Unterstützung von der CIA. Was nach Verschwörungstheorie klingt, wurde im Church-Report zur Aufarbeitung der Verwicklungen der CIA in den Militärputsch vom US-amerikanischen Senat bestätigt.

te mediale und politische Kriminalisierung von Protest hat auch dazu geführt, dass die konservative Regierung Maßnahmen wie das „Hinzpeter-Gesetz“ für durchsetzbar hält.

Allerdings hat sich im Bezug auf den Widerstand gegen solche Projekte einiges getan. Die Studierendenbewegung als neuer starker Akteur hat sich öffentlichkeitswirksam gegen dieses Projekt ausgesprochen und protestiert, ebenso wie sie sich mit den Mapuche solidari-



▲ Auf der Suche nach den Verschwundenen Santiago, 03. Oktober 1988

Auch heute ist Augustín Edwards weiter für die politische Rechte aktiv. Nachdem sein Sohn Cristián Edwards im September 1991 entführt und im Februar 1992 wieder freigelassen wurde, gründete er die Stiftung Paz Ciudadana, die sich beispielsweise über Fernsehspots für Verschärfungen im Strafrecht einsetzt.

Und ihre konstante Lobbyarbeit ist erfolgreich: Kriminalität wird, obwohl Chile im lateinamerikanischen Vergleich eine sehr niedrige Kriminalitätsrate hat, in Umfragen immer wieder als das drängendste Problem benannt. Und die konstan-

siert und die Medienkonzentration anprangert. Bisher drang die Härte der Repression kaum an die Öffentlichkeit, und von Polizisten verübte Morde fanden wenig Beachtung. Nun jedoch hat im öffentlichen Diskurs eine Verschiebung zu Gunsten der Protestierenden stattgefunden: polizeiliche und juristische Repression im neoliberalen Musterland Lateinamerikas bleiben nicht mehr unkommentiert, sondern werden mit immer vehementeren Protesten quittiert.

// David Rojas-Kienzle

EINE MUTIGE GENERATION

MEHR ALS ZWEI JAHRZEHNTE NACH ENDE DER MILITÄRHERRSCHAFT
EROBERT DIE CHILENISCHE JUGEND DIE STRASSEN ZURÜCK





Chiles Bildungssystem ist geprägt von neoliberaler Vermarktungslogik. Ein Relikt aus Pinochets Zeiten, das auch nach zwischenzeitlichen Mitte-Links-Regierungen bis heute keine grundlegende Reform erlebt hat. Seit 2006 kämpfen breite Bündnisse aus Studierenden und Schüler_innen gegen den Konsumgutcharakter der Bildung in ihrem Land. Ein Protest, der zugleich zu einem Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit geworden ist.

Stühle bilden eine nahezu undurchdringliche Mauer. Mit den Beinen voraus stecken sie in den Türen, Fenstern und Zäunen zahlreicher besetzter Schulen. Auf den Straßen ziehen tausende junge Chilen_Innen durchs Land. *Pingüinos*, Pinguine, werden sie genannt, weil das Bild der Schüler_Innen in ihren blau-schwarzen Schuluniformen an den Marsch der Pinguine in der Antarktis erinnert. Doch warum verbarrikadieren sich Schüler_innen und Studierende in Schulen und Universitäten? Warum erobert die erste postdiktatorische Generation 40 Jahre nach dem Militärputsch durch General Augusto Pinochet und über 20 Jahre nach dem Ende der Gewaltherrschaft des Militärs die Straßen Chiles?

Dafne Concha, Sprecherin und Mitbegründerin der Elternvertretung CORPADE, erklärt den Mut der jungen Generation mit den veränderten Bedingungen in dem lateinamerikanischen Land: „Sie haben natürlich nicht mehr die Angst, die wir hatten. In unserer Zeit starben Menschen, sie wurden lebendig verbrannt. In ihrer Zeit passiert das nicht mehr.“ Schüler_Innen und Studierende nahmen allerdings schon immer Einfluss auf politische und gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse in Chile. So unterstützte beispielsweise die traditionsreiche Vertretung der Mittelschüler_Innen FESES Salvador Allende und die Unidad Popular im Wahlkampf und leistete während der Militärherrschaft aktiven Widerstand. Auch die Campaña del No, jene Initiative zur Abwahl Augusto Pinochets, wurde maßgeblich von der jungen Generation unterstützt.

Als es im Jahr 2006 zur ersten großen Jugendprotestbewegung seit Ende der Diktatur kam, traten die Schüler_Innen in große Fußstapfen. Die For-

◀ **Festnahme während einer Demonstration**

Santiago,
16. Februar 1986

derungen waren zunächst bescheiden: Erhöhung der Lebensmittelrationen an Schulen, Aufhebung der Gebühren für die Studieneingangsprüfung, eine Erweiterung des Nahverkehrstickets und die Sanierung von Schulgebäuden, die sich teilweise in desolatem Zustand befanden. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, besetzten die *Pingüinos* wochenlang ihre Schulen. Darüber hinaus kam es auch zu landesweiten Demonstrationen. Anfang Mai 2006 rief die basisdemokratisch organisierte Versammlung der Mittelschüler_Innen ACES zu Protestmärschen auf, an denen sich tausende Schüler_Innen beteiligten. Die Carabineros, Chiles militarisierter Polizei, reagierte mit aller Härte. Etwa 600 zwölf bis 16-jährige Kinder und Jugendliche wurden bei der Demonstration am 4. Mai 2006 festgenommen, in sechs Tagen insgesamt 1.287 Schüler_innen landesweit.

Auf die massive Polizeigewalt und die Ignoranz durch die politische Klasse reagierten die *secundarios*, wie die Schüler_Innen der Mittelschule in Chile genannt werden, mit weiteren Schulbesetzungen. Die ACES koordinierte das Vorgehen. Dennoch gelang es den jungen Chilen_innen noch immer nicht, sich Gehör zu verschaffen. Die Interessenvertretungen der *secundarios* riefen daher zum nationalen Schulstreik auf. Etwa 800.000 Schüler_innen beteiligten sich daran.

Auf dem Höhepunkt der Bewegung besetzten sie über 100 Schulen im ganzen Land. Die *Revolución de los Pingüinos* machte jedoch nicht durch Gewaltexzesse auf sich aufmerksam, sondern durch friedlichen Protest in den Bildungsinstitutionen.

Nachdem das Mitte-Links-Parteienbündnis Concertación unter der Führung der damaligen Präsidentin Michelle Bachelet anfangs versucht hatte, die Bewegung zu ignorieren, gelang es den *secundarios* dank ihrer Hartnäckigkeit, das Thema auf die politische Agenda zu setzen. Trotz der Einführung eines Runden Tisches zum Thema Bildung kam es allerdings nur zu marginalen Änderungen. Mario Waissbluth, einer der renommiertesten chilenischen Bildungswissenschaftler, verweist noch Jahre nach der Einrichtung der Kommission darauf, dass das im Zuge des Runden Tisches auf den Weg gebrachte neue Bildungsgesetz kaum Verbesserungen hervorgebracht hätte. Wesentliche Aspekte einer längst überfälligen Bildungsreform wurden ausgespart.

Kaum eine der Forderungen der Pinguine wurde berücksichtigt. Vielmehr ignorierte Bachelet die

konstruktiven Vorschläge der Schüler_Innen und setzte unbeirrt auf die Selbstregulierungsmechanismen des freien Marktes.

Die Einsetzung des Runden Tisches hatte eine lähmende Wirkung auf die Protestbewegung. Sie verlor die breite Unterstützung in der chilenischen Bevölkerung und auch viele Schüler_innen wurden streikmüde. Dennoch, der chilenische Historiker Gabriel Salazar sah in den Protesten den Grundstein für eine neue soziale Bewegung, die in der Lage ist, die demokratischen Grundwerte der chilenischen Verfassung zu hinterfragen und zu verändern.

Tatsächlich gründete sich schnell nach den Protesten der Pinguine das Soziale Aktionsbündnis für die Bildung. Hier engagierten sich neben den Schüler_Innen auch Studierende, Lehrkräfte, Eltern- und Sozialverbände. Darüber hinaus organisierte sich die chilenische Jugend in sogenannten Brigaden. Schon während der Zeit der Unidad Popular hatten derartige Kleingruppen die chilenische Gesellschaft geprägt. Damals wie heute erobern sie den öffentlichen Raum mit politischen Botschaften durch Straßenkunst und die Bemalung von Wänden.

Während der Militärherrschaft unter der Führung Pinochets wurde das Bildungssystem als vollwertiges Element in die neoliberale Wirtschaftsordnung integriert. Die Chicago Boys, chilenische Wirtschaftswissenschaftler, die ihr Handwerk an der Universität Chicago gelernt hatten, fanden ideale Voraussetzungen, um in dem lateinamerikanischen Land eine neoliberale Wirtschaftsordnung umzusetzen, die ohne Einschränkungen durch sozialpolitische Maßnahmen auskam. Die auf Grundlage der neuen Bildungspolitik Chiles gegründeten Unternehmen (private Bildungseinrichtungen) mussten nicht gemeinnützig agieren. Obgleich eine Reinvestition des Gewinns in Bildungseinrichtungen gesetzlich verankert wurde, ist es ihnen bis heute möglich, aus den Bildungsinstitutionen hohe Gewinne abzuschöpfen. Bildung wird seither nicht länger als öffentliches Gut verstanden, sondern nimmt die Rolle eines Konsumartikels ein. Folgerichtig ließ Pinochet bei der Verfassung aus dem Jahr 1980 wesentliche Passagen neu formulieren. Bildung obliegt seither nicht mehr staatlicher Verantwortung. Der Staat ist nur noch ein „helfender Akteur“.

Im Jahr 2011 wagte die soziale Bewegung eine Reaktivierung des Protestpotentials. Sie baut auf die bereits geschaffenen Strukturen der Pinguine



▲ Diktator Pinochet Santiago, 12. September 1988

auf, ist aber nun breiter aufgestellt. Im Fokus der Kritik stehen nicht länger Bahntickets oder das Schulessen, vielmehr fordern die Akteur_innen der wiedererstarteten Bewegung ein generelles Umdenken. Sie kritisieren dabei vor allem, dass das Bildungssystem kapitalistischen Prinzipien unterworfen wird.

Mit der offenen Kritik am privatisierten Bildungssystem gelang es der jungen Generation im Jahr 2011 deutlich mehr Leute zu mobilisieren. Bereits Mitte des Jahres brachte die Bewegung mehr als 150.000 Menschen auf die Straße. Ende August desselben Jahres führte gar der führende Gewerkschaftsbund CUT einen Generalstreik durch und stellte diesen unter das Motto „Bildung und soziale Gerechtigkeit“.

Die großen Interessenvertretungen der Schüler_Innen ACES und CONES sowie der Studierenden, CONFEC, einigten sich bald auf elementare Forderungen, deren Erfüllung sie als Voraussetzung für die Beendigung des Protests begreifen. Sie eröffnen damit nicht nur den Raum für eine Diskussion über Gerechtigkeit, sondern verbinden mit ihrem Forderungskatalog eine differenzierte Debatte über das chilenische Wertesystem. Sie kritisieren die Klassengesellschaft, die Ghettoisierung und Exklusion bestimmter gesellschaftlicher Schichten. Sie fordern, dass die Entwicklung sozialer Kompetenzen im Bildungssystem einen hohen Stellenwert einnimmt und das Wissen über die indigene Bevölkerung selbstverständlicher Teil des Lehrplans wird.

Pablo Torro, Sprecher der ACES, betont, dass Schüler_innen und Studierende heute den Blick erweitern wollen. Es ginge noch immer um Bildung, sagt Torro und schließt an: „Wir wollen uns aber nicht isolieren von der Welt, die uns umgibt. Klar, wir wollen das Bildungssystem verändern, aber dafür müssen wir weitreichende Veränderungen einfordern.“

Die Akteur_innen der bis in das Jahr 2013 anhaltenden Protestbewegung sind sich daher weitestgehend einig, dass es sich längst nicht mehr um eine monothematische Bewegung handelt. Gabriel Boric, Sprecher der CONFEC im Jahr 2012, erklärt, dass viele gesamtgesellschaftliche Missstände im kausalen Zusammenhang mit der Bildung stünden, aber auch das Wirtschaftssystem unabhängig vom Bildungssystem zu hinterfragen sei: „Chancengleichheit, soziale Mobilität – das ist etwas, das in Chile heute fehlt. Es gibt große Ungleichheiten, eine Anhäufung von Reichtum in den Händen weniger auf Kosten der Ausbeutung vieler.“

In Chile wird seit 2006 ein offener Diskurs über soziale Gerechtigkeit geführt und dabei vermehrt auf soziale Exklusionseffekte im Bildungssystem verwiesen. Die chilenische Jugend kritisiert die Auswüchse der ungezügelten neoliberalen Wirtschaftsordnung, das binominale Wahlsystem und die Gewinnabschöpfung privater Unternehmen im Bildungssystem. Sie fordert eine Verfassung, die von der chilenischen Bevölkerung legitimiert wird und eine konsequente (Re-)Demokratisierung ihres Landes. Die chilenische Jugend hält der politischen Elite heute den Spiegel vor. Sie ruft zum Boykott von Wahlen auf und erinnert daran, dass bedeutende Themen in den vergangenen zwei Jahrzehnten von den großen Parteienbündnissen marginalisiert wurden.

Die Präsidentschaftswahl 2013 wird ein erster Gradmesser für den Einfluss der jungen und doch längst etablierten sozialen Bewegung auf das politische System Chiles sein. Doch unabhängig vom Ausgang der Wahlen ist der chilenischen Jugend ein entscheidender Schritt schon jetzt gelungen: Sie rüttelte die chilenische Gesellschaft auf und prägt heute selbstbestimmt und mündig das politische Leben. Solange die politische Klasse in Chile die Forderungen der jungen Generation ignoriert, werden die Schüler_Innen und Studierenden nicht auf ihren Stühlen Platz nehmen, sondern damit Barrikaden bauen.

// Steve Kenner

LANDRAUB IN WALLMAPU

DER KONFLIKT ZWISCHEN CHILENISCHEM STAAT UND DEN MAPUCHE REICHT BIS IN DIE KOLONIALZEIT ZURÜCK

Die Probleme, mit denen die Mapuche heute zu kämpfen haben, gehen auf eine lange Geschichte von Unterdrückung und Vertragsbrüchen seitens der spanischen Kolonialverwaltung und des chilenischen Staats zurück. Der Prozess des Landraubs hat bis heute kein Ende gefunden und ist einer der ursächlichen Gründe, warum sich die Mapuche auch aktuell auflehnen.

Wenn von den Mapuche in Chile die Rede ist, geht es meistens um Proteste und staatliche Repression. Tatsächlich ist die Liste von Mapuche, die durch die Gefängnisse im Süden Chile gegangen sind, lang. Viele von ihnen mussten bis zu zwei Jahre lang in Untersuchungshaft bleiben oder wurden zu langen Haftstrafen verurteilt. Ein Fall, der sinnbildlich für die Anwendung des Antiterrorgesetzes steht, ist der von Pascual Pichún und Aniceto Norín, die 2003 wegen angeblicher terroristischer Bedrohung des damaligen Landwirtschaftsministers Agustín Figueroa zu fünf Jahren Haft verurteilt wurden. Dieser Fall wurde neben anderen im Mai 2013 vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte besprochen, wo der chilenische Staat für diskriminierende Anwendung des Antiterrorgesetzes gegen die Mapuche verurteilt wurde. Währenddessen beharrt die chilenische Regierung weiter darauf, die Mapuchebewegung, die immer noch mobilisiert ist, zu kriminalisieren.

Um den aktuellen „Konflikt“ zwischen dem chilenischen Staat und den Mapuche zu verstehen ist es notwendig die Geschichte vor dem Entstehen von Chile als Nation zu rekapitulieren. Diese ist vom Widerstand der Mapuche gekennzeichnet, der sich erst gegen die europäischen Kolonisierenden und später gegen den chilenischen Staat richtete.

Zum Zeitpunkt der Ankunft der Spanier 1536 erstreckte sich das Gebiet, auf dem die Mapuche siedelten, vom Río Copiapo im Norden bis zur Insel Chiloé im Süden. 1541, nachdem Santiago

gegründet worden war, begannen die Spanier im Eifer, die Mapuche zu erobern, den Arauco-Krieg. Dieser endete 1642 mit den Verhandlungen von Quilín. Die dabei geschlossenen Verträge erkannten die Mapuche als freies Volk an, mit einem souveränen Staat auf einem Gebiet von ungefähr 10 Millionen Hektar. Bis 1803 fanden 28 Verhandlungen zwischen den beiden Staaten statt.

Als 1810 die Republik Chile gegründet wurde, reichte das Staatsgebiet bis zum Bio Bio Fluss. Die territoriale und politische Unabhängigkeit der Mapuche wurde 1825 nach den Verhandlungen von Tapiwe vertraglich festgehalten. Die chilenische Regierung ignorierte und brach die dort getroffenen Vereinbarungen nach und nach. Der Plan, das Territorium der Mapuche zu besetzen, nahm Form an. Diese Besetzung begann mit einem informellen Prozess der Kolonialisierung und Aneignung von Land. Dazu wurden Präzedenzfälle geschaffen. Zum Beispiel wurde 1852 per Gesetz die Schaffung der Provinz Arauco angeordnet, obwohl das entsprechende Gebiet als indigenes Territorium katalogisiert war.

1862 begann die euphemistisch als „Befriedung der Araucanía“ bezeichnete militärische Besetzung des Landes der Mapuche (Wallmapu). Dieser Kolonialkrieg wurde durch Gesetze flankiert, die die illegale Landnahme in Normen fassten und legalisierte. Das eroberte Gebiet wurde per Dekret zu Kolonialgebiet erklärt, was der Verteilung der besetzten Gebiete an chilenische und ausländische Kolonist_innen Tür und Tor öffnete. Nachdem der Krieg 1881 mit dem letzten großen Aufstand der Mapuche geendet hatte, trat 1884 das Niederlassungsgesetz in Kraft, das die neue Eingrenzung des Mapucheterritoriums erlaubte und den Einwohner_innen Eigentumstitel gab. Diese jedoch beinhalteten nicht die angestammten Gebiete, den Raum, den die Mapuche faktisch nutzten, wie zum Beispiel Weideflächen, Wälder und Ernteflächen. Diese wurden als Staatseigentum deklariert und an Kolonisor_innen verteilt. Als dieser Pro-

zess 1929 abgeschlossen war, waren die Mapuche dazu gezwungen, auf fünf Prozent ihres ursprünglichen Territoriums von mehr als 500.000 Hektar zu leben. Zwei Jahre später begann die Teilung der Eigentumstitel. Bis 1965 verloren die Mapuche weitere 100.000 Hektar Land.

In den 1960er Jahren begann eine Reihe von Mobilisierungen der Mapuchebewegung mit dem Ziel, die angestammten Gebiete zurückzugewinnen. Die ersten Landbesetzungen fanden in der Provinz Malleco statt. Gleichzeitig begann eine Agrarreform, die in der Praxis allerdings keine großen Effekte hatte. 1967 wurde dann das neue Landreformgesetz verabschiedet, dass unter der Devise, „das Land für jene, die es bearbeiten“ stand. Dieses Gesetz erlaubte die Enteignung von Ländereien, die größer als 80 Hektar sind, sowie verlassenen und schlecht bewirtschafteten Grundstücken. In der Praxis nutzte dieses Gesetz den chilenischen Bäuerinnen und Bauern mehr, da sobald das Land enteignet wurde, es den Pächter_innen übergeben wurde. Dadurch wurden die Mapuche, die während der Kolonisierung vertrieben worden waren, nicht mit einbezogen, weswegen die Mobilisierung sich fortsetzte.

Die Regierung der Unidad Popular erreichte die Rückgabe eines Teils des von den Mapuche geforderten Landes. Um der Besonderheit der Forderungen der Mapuche gerecht zu werden, gründete sie die Kommission für die Rückgabe des widerrechtlich angeeigneten Landes und führte Anfang 1971 einen Notfallplan durch. Dieser bestand darin, das Landwirtschaftsministerium und die Kommission

für die Agrarreform nach Temuco zu verlegen, um im Mapuchegebiet selbst das Landproblem schnell zu lösen. Innerhalb von zwei Monaten wurden 14 Grundstücke zugunsten der Mapuche enteignet, in den darauf folgenden Monaten einige mehr. Zusätzlich nahmen Anführer_innen der Mapuche an Bildungs- und Qualifizierungsprogrammen teil.

Während der Agrarreformen zwischen 1962 und 1973 wurden von knapp 730.000 Hektar enteigneten Landes gut 150.000 Hektar an die Mapuchegemeinden zurückgegeben.

Mit dem Militärputsch 1973 kam dann allerdings die „Gegenagrarreform“. Schon im November 1973 wurden 19 Grundstücke an ihre vorherigen Besitzer_innen zurückgegeben. Die Mapuche wurden von diesen nicht nur vertrieben, sondern auch verfolgt, gefoltert und ermordet. Die Siedlungen, die Kooperativen und die Produktionszentren wurden aufgelöst, deren Besitztümer konfisziert. Am Ende wurden alle zu Zeiten der Unidad Popular-Regierung zurückgewonnenen Ländereien wieder ihren vorherigen Eigentümer_innen zurückgegeben.

1978 verabschiedete die Militärdiktatur ein Dekret, das die Teilung der Kommunen bestimmte. Ziel war es, das Land dem Immobilienmarkt zuzuführen, wozu der Gemeinschaftsbesitz an Land aufgehoben wurde. Zusätzlich dazu verloren die so aufgeteilten Ländereien ihre Eigenschaft „indigen“ zu sein. Angesichts der Bedrohung, die diese Schritte darstellten, reorganisierten sich die Mapuche und gründeten Kulturzentren, wodurch zwar die Aufteilung des Landes nicht verhindert werden konnte, das Land allerdings juristisch sei-

▼ Festnahme einer Frau Santiago, 02. Oktober 1988





▲ **Volxküche im Armenviertel La Victoria, einer Widerstandsbastion** Santiago, 04. August 1988

nen „indigenen“ Charakter beibehalten konnte. In diese Zeit fällt auch das Auftreten der großen Forstunternehmen. Ein 1974 verabschiedetes Gesetz zur Förderung von Forstwirtschaft hat diese für zehn Jahre mit 75 Prozent der Kosten für die Aufforstung gefördert.

Die Forstindustrie hat auf die Mapuchegemeinden sehr negative Effekte gehabt. Ihr Wasserverbrauch lässt die Gemeinden ohne Wasser zurück, das Ökosystem wird durch die Monokulturen gestört und die Flora durch das Versprühen von Pestiziden stark belastet. Entgegen offizieller Aussagen bieten die Forstunternehmen auch keine langfristigen Arbeitsplätze, sondern vielmehr saisonabhängige und prekäre Beschäftigung, was die Migration in die urbanen Zentren gefördert hat.

Nach dem Ende der Militärdiktatur wurden zwischen dem damaligen Präsidentschaftskandidaten und späteren Präsidenten Patricio Alwyn und Vertreter_innen der verschiedenen indigenen Völker das Abkommen von Nueva Imperial geschlossen. Nach den Wahlen wurde 1993 das Indigene Gesetz verabschiedet, das entgegen den vorherigen Abmachungen weder die verfassungsmäßige Anerkennung der indigenen Völker, noch die Annahme der Konvention 169 über die Rechte indigener Völker der Internationalen Arbeitsorganisation beinhaltete. Durch dieses Gesetz verpflichtete sich die Regierung allerdings indigenes Land zu schützen und zu vergrößern und dazu die entsprechenden Mechanismen zu schaffen.

In der Praxis ist das Indigene Gesetz ein Papiertiger, da seine Anwendung und Erfüllung ökonomi-

schen Interessen untergeordnet ist. Ein Beispiel, das die Ineffizienz des Gesetzes zeigt, ist der Fall von Ralco, am Oberlauf des Bio Bio Flusses. Dort hatte der Staat keine Hemmungen sogar bei der CONADI, der infolge des Indigenen Gesetzes geschaffenen staatlichen Körperschaft, zu intervenieren, um die Genehmigung von Wasserkraftwerken auf Mapucheterritorium zu ermöglichen. Zusammengefasst waren die Beziehungen zwischen den Mapuche und dem chilenischen Staat konstant durch Vertragsbrüche, nicht Einhaltung ausgehandelter Kompromisse und Versprechen seitens des Staates geprägt. Folglich hat das Vertrauen in die chilenischen Institutionen nach und nach abgenommen. Die Forderung nach Rückgabe der angestammten Gebieten ist immer noch ungelöst und das Ausbleiben von Antworten hat dazu geführt, dass einige Gemeinden sich dazu entschlossen haben, selber Land zurückzuerobern. Obwohl viele der Probleme historisch gewachsen sind, hat keine der Regierungen seit dem Ende der Militärdiktatur eine politische Antwort auf die Forderungen der Mapuche gegeben. Sie haben sich vielmehr alle auf die Seite der Interessen der großen Forst- und Agrarunternehmen gestellt, die Mapuchegemeinden kriminalisiert und juristisch verfolgt. Dabei haben sie keinen Anstoß daran genommen, Sondergesetze, wie das Gesetz der Inneren Sicherheit oder das Antiterrorgesetz, anzuwenden. Beide sind während der Militärdiktatur verabschiedet worden.

// Llanquiray Painemal

Übersetzung: David Rojas-Kienzle

SOLIDARISCHE STIMMEN

EINE KLEINE, NICHT-REPRÄSENTATIVE BILANZ DER CHILE-SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Der Putsch in Chile vom 11. September 1973 führte weltweit zu Solidaritätsbekundungen. Tausende Menschen engagierten sich auch in der BRD und DDR für Chile. Doch die Solidaritätsbewegung flaute ein paar Jahre nach dem Putsch bereits merklich ab, da andere Regionen wie etwa Zentralamerika in den Vordergrund gerieten. Die bereits im Juni 1973 als *Chile-Nachrichten* gegründeten LN bestehen noch immer, aber sonst? Wir haben fünf Protagonist_innen von damals gefragt: „Was hat die internationale Chile-Solidaritätsbewegung bewirkt?“

„Viele Menschen wurden politisiert“

Die demokratisch gewählte Unidad Popular-Regierung hatte als ein gewaltfreies sozialistisches Experiment weltweit große Hoffnungen freigesetzt und eine große Ausstrahlung auf Millionen von Menschen. Nach dem Putsch entstand sowohl in der BRD als auch der DDR die größte Solidaritätsbewegung im postfaschistischen Deutschland. Allein im Bundesgebiet und Berlin (West) demonstrierten im Spätsommer 1973 mehr als 150.000 Menschen. Über 1.000 Chile-Komitees entstanden. Sie fanden eine breite Verankerung in der Bevölkerung, in Gewerkschaften und Berufsverbänden, in politischen Parteien – nicht nur in der SPD, DKP/SEW, sondern auch in Teilen der FDP und CDU –, in evangelischen und katholischen Gruppen, Studentengemeinden, kirchlichen Jugendorganisationen. Die lateinamerikanische Befreiungstheologie aus den 1960er/70er Jahren spielte dabei eine besondere Rolle. Der Putsch in Chile war die Geburtsstunde der Lateinamerika-Solidarität. Wir sprachen von einer Chilenisierung Lateinamerikas, die Chilebewegung wurde Vorbild und Katalysator für viele weitere Soli-Bewegungen. Die Chile-Solibewegung war für viele ein neues, spannendes Experimentierfeld. Viele Menschen wurden politisiert. Wir lernten, mit der Presse zu arbeiten, wir überlegten uns Strategien, wie wir Einfluss in verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen gewinnen können. Wir demonstrierten, sammelten Geld, machten Unterschriftensammlungen, formulierten Protest- oder Solidaritätsresolutionen, organisierten Soli-Feste, Kulturabende, Gottesdienste, Ausstellungen und vor allem praktische Hilfe gegenüber den Flüchtlingen. Viele kamen zur Erkenntnis, dass wir unser eigenes Land verändern müssen, gerechter, solidarischer, demokratischer machen, nicht an Kapitalinteressen, sondern am Menschen und an Menschenrechten orientiert. Viele engagierten sich in den folgenden Jahren in den neuen politisch-sozialen Bewegungen, in der Friedens-, Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung Ende der 1970er Jahre und in den 1980er Jahren.

Peter Kranz ist Soziologe und Theologe. 1973 gehörte er zu den Mitbegründern der Chile-Nachrichten. 1986 wurde er Pfarrer an der Lutherkirche in Berlin-Spandau. Er hat Lateinamerika mehrfach bereist. Seit 2009 ist er im Ruhestand und heute Geschäftsführer des Ökumenischen Zentrums für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit in Berlin-Charlottenburg.

„Der größte politische Erfolg war ein juristischer“

Die Solidaritätsbewegung mit Chile hat es nicht vermocht, zu einem schnellen Sturz des Militärregimes von Augusto Pinochet beizutragen. Vielmehr mündete sie nach 17 Jahren nicht in die erhoffte soziale Demokratie, sondern in eine Demokratie auf der Grundlage des neoliberalen Wirtschaftsmodells der Diktatur.

Das lag einerseits daran, dass die Militärdiktatur nicht nur mit grausamer Hand die Opposition im Land unterdrückte, sondern sich auch auf eine bestimmte gesellschaftliche Basis, die chilenische Rechte, gut stützen konnte. Dann war das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Diktatur auch gut eingebettet in das politische Projekt der westlichen Rechten und diente gar als „Vorbild“ für neoliberale Prozesse in anderen lateinamerikanischen Ländern in den 1980er und 90er Jahren.

Aber: Die internationale Solidarität mit Chile hat es erreicht, dass chilenische Oppositionelle, die aus Chile flüchten mussten, in den jeweiligen Ländern eine gute Aufnahme gefunden haben. Die Beschäftigung mit Chile hat in den siebziger Jahren viele Leute aus meiner Generation politisiert.

Der größte politische Erfolg der Solidaritätsbewegung war ein „juristischer“: Emblematisch steht dafür die Verhaftung von Pinochet in London im Jahr 1998. Das Verfahren in Spanien, das zum Haftbefehl führte, ist nicht denkbar ohne die jahrelange Arbeit der Solidaritätsbewegung. Sie beförderte nicht nur die Entwicklung des internationalen Strafrechts im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen, sondern führte auch dazu, dass in Chile selbst – bei aller Zähigkeit im Einzelnen – die juristische Aufarbeitung der Verbrechen der Diktatur gefördert wurde.

Petra Isabel Schlagenhauf ist Rechtsanwältin und war 1972 in Chile zum Schüler_innenaustausch. Nach dem Putsch machte sie jahrelang Solidaritätsarbeit. Beruflich war und ist sie in Menschenrechtsfällen (Chile, Argentinien) engagiert.

.....

„Für mich als Betroffenen hat die Solidaritätsbewegung Vieles bewirkt“

Gleich nach dem Militärputsch wurde in Chile das „Comité de Cooperación para La Paz en Chile“ – unter anderem unter Mitwirkung von Bischof Helmut Frenz – gegründet. Durch die Hilfe dieses Komitees konnte ich Chile am 19. Dezember 1973 verlassen. Mein erster Zufluchtsort war die Stadt Buenos Aires, dort nahm ich Kontakt mit dem Flüchtlingsbüro auf, auch ein Produkt der Solidaritätsbewegung mit Chile. Durch ein Stipendium der Freien Universität Berlin kam ich im Mai 1974 nach Berlin. Diese Stipendien wurden von der Chile-Solidaritätsbewegung organisiert. Viele junge Deutsche haben uns Chilenen nach unserer Ankunft in Deutschland damals betreut, wir bekamen Hilfe, um die Sprachbarrieren zu überwinden und auch Wohngemeinschaften haben einige von uns aufgenommen.

Den Kulturschock, den eine West-Berliner WG der 1970er Jahre bei einem jungen chilenischen Ehepaar verursachte, kann ich bis heute nicht vergessen.

In dieser Zeit gab es schon das Magazin *Chile-Nachrichten*, viele von uns Chilenen haben dort mitgearbeitet. Vielen Chilenen wurde es durch die Solidarität ermöglicht, in Deutschland zu leben, obwohl die politische Lage der 1970er Jahre hier nicht gerade günstig für linke Asylsuchende war. Pinochet hätte niemals im Jahr 1988 ein Plebiszit durchführen lassen ohne den Druck aus dem Ausland. Auch die Festsetzung Pinochets in London war ein Ergebnis der internationalen Chile-Solidaritätsbewegung.

Für mich als Betroffenen hat die Solidaritätsbewegung Vieles bewirkt. Durch ihre Hilfe bin ich nach Berlin gekommen, hier konnte ich studieren, ich konnte mich beruflich weiter entwickeln und nun kann ich durch mein Medium, die Fotografie, Zeugnis dieser düsteren Zeit der Diktatur in Chile ablegen.

José Giribás ist Fotojournalist und musste Chile nach dem Putsch 1973 verlassen. Heute lebt und arbeitet er in Berlin.

„Die Solidaritätsbewegung hat Millionen von Menschen mobilisiert“

Eine direkte Antwort auf diese Frage wäre, dass sie erreicht hat, dass die Diktatur von Augusto Pinochet und seinen Parteigängern nicht ungehindert agieren konnte und dass die antidiktatorische Bewegung in Chile unterstützt wurde, bis sie es schaffte, dem Diktator die Macht zu entziehen.

Indes war die Chile-Solidaritätsbewegung viel mehr als das. In Europa und den USA, genauso wie an vielen anderen Orten der Welt, beeinflusste und mobilisierte sie Millionen von Menschen, die die Sehnsucht teilten, radikale Veränderungen in ihren Gesellschaften mit friedlichen Mitteln zu erreichen. In Deutschland war sie für viele Jahre sowohl ein Katalysator, als auch ein Faktor für die Politik linker Parteien und der deutschen Sozialdemokratie. Nicht weil das, was in Chile unter Allende passiert war, eine konkrete große politische und ökonomische Bedeutung gehabt hätte. Vielmehr wegen der ideologischen Bedeutung, die der Sieg Allendes für die Wünsche und Erwartungen dieser linken Gruppen hatte.

Bis zum Tag der Wahl Allendes waren alle revolutionären Prozesse und Veränderungen durch den Sieg bewaffneter revolutionärer Kräfte erreicht worden. In Lateinamerika war der Sieg Kubas über die Diktatur Batistas modellhaft. Als es dann Waffen waren, die die Unidad Popular besiegten, entstand bei all denjenigen, die Veränderungen auf friedlichem Weg für möglich hielten, ein Gefühl der Solidarität, insbesondere in Deutschland, wo die bewaffnete Bewegung der RAF am Scheitern war oder bereits gescheitert war.

Übersetzung: David Rojas-Kienzle

Alvaro Rojas ist Journalist und Schriftsteller. Zwischen Oktober 1973 und Juli 1975 war er politischer Gefangener, danach ging er nach Deutschland ins Exil. 1987 kehrte er nach Chile zurück um den ermordeten Journalisten José Carrasco bei der Zeitschrift Analisis zu ersetzen. Seit 1992 lebt er wieder in Deutschland und ist Herausgeber des Mediums elchileno.cl.

„Die Hilfe der DDR war von großer Bedeutung“

Im März dieses Jahres hat die chilenische Vereinigung Demokratischer Frauen, Frauen die sich seit Oktober 1973 um die Angehörigen von Gefangenen und Verschwundenen der Pinochet-Diktatur kümmerten, ein Buch herausgegeben (Elisabet Prudent Soto: Y entonces estaban ellas: Memoria(s) de las Mujeres Democráticas durante la dictadura, Ceibo Ediciones; Anm. der Red.). Darin werden persönliche Schicksale von Frauen seit den ersten Minuten der Diktatur erzählt. Dieser Verein entstand vor den Türen des Konzentrationslagers Estadio Nacional (Nationalstadion). Sie haben vielen Familien, die ohne Vater oder ohne Eltern und ohne existenzielle Mittel geblieben waren, mit Essen und Kleidern geholfen und Besuche zur moralischen Unterstützung gemacht. Monate später bekamen sie internationale finanzielle Hilfe, hauptsächlich von solidarischen Gruppen aus Venezuela und der DDR. Nach der chilenischen Diktatur kam die demokratische Koalition der Concertación an die Macht. Mehrere politische Führer, hauptsächlich der Sozialistischen Partei Chiles (PS), hatten ihr Exil in der DDR gehabt, darunter auch die letzte Präsidentin Chiles, Michelle Bachelet, die von 1974 bis 1980 in Potsdam Medizin studiert hat. Nicht nur Politiker, auch professionelle Kulturschaffende und Künstler konnten in der DDR studieren oder eine Weiterbildung machen und nach ihrer Rückkehr wichtige Beiträge zum demokratischen Prozess leisten, wie der Schriftsteller Antonio Skármeta, der Choreograph Patricio Bunster, und viele mehr.

César Olhagaray ist Künstler. Er war Leitungsmitglied der Brigada Ramona Parra des Kommunistischen Jugendverbandes Chile und wurde nach dem Putsch im Nationalstadion in Santiago de Chile interniert. Nach seiner Ausreise nach Frankreich gelangte er 1974 in die DDR, wo er an der Hochschule für Bildende Künste Dresden studierte. Heute lebt er in Deutschland und Chile.

EIN OFFENES KAPITEL

DIE COLONIA DIGNIDAD UND DIE BUNDESDEUTSCHE SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Das auslandsdeutsche Sektenlager Colonia Dignidad hat es seit den ersten Enthüllungen über Mord und Folter auf dem Gelände 1977 immer wieder geschafft, in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Chile zum Thema zu werden. Die Colonia Dignidad ist bis heute ein Skandal, der weder seitens Deutschlands noch Chiles umfassend aufgearbeitet wird.

1961 floh der wegen Missbrauchs von Minderjährigen gesuchte freikirchliche Sektenprediger Paul Schäfer mit etwa 300 Anhänger_innen von Siegburg nach Chile. Dort wurde die Siedlung Colonia Dignidad gegründet, die sich von der Außenwelt abschirmte und als „Staat im Staate“ jahrzehntelang Verbrechen aller Art beging: Im Inneren der Kolonie wurden Familien getrennt, Sexualität unterdrückt und es herrschten sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse. Verstöße gegen die von Schäfer und seiner Führungsgruppe vorgegebene Disziplin wurden durch Elektroschocks und Zwangsmedikation mit Psychopharmaka bestraft. Ein Netzwerk aus Freund_innen in der Umgebung, aber auch in einflussreichen Kreisen in Justiz, Politik, Verwaltung und Militär in Deutschland und Chile, sowie ein hochbezahltes Team von Rechtsanwält_innen schützten den straflosen Fortbestand des Lagers über Jahrzehnte. Wer sich gegen die Colonia stellte, wurde verfolgt und mit Verleumdungsklagen überzogen. Die wenigen, die es schafften, aus der Siedlung zu fliehen, wurden von der Sektenführung als geisteskrank dargestellt. Die stark antikommunistisch geprägte Sektenführung wandte sich in den Jahren der Allende Regierung (1970-73) den zukünftigen Putschisten zu: Rechtsradikale, militante Gruppen trainierten auf dem Gelände und führten von dort aus Sabotageakte zur Destabilisierung des Landes aus. Mitglieder der Colonia Dignidad waren direkt an Vorbereitungen für den Putsch beteiligt und unterstützten die Junta vom ersten Tag an: Der zur Eliminierung jeglicher linker Opposition gegründete

chilenische Geheimdienst DINA erhielt Waffen und logistische Unterstützung wie moderne Funkanlagen von der deutschen Siedlung, die Kolonie wurde schließlich zur Folter und Vernichtungsstätte für chilenische Widerständler_innen: Eine kleine, idiotische deutsche Sekte wurde zur mächtigen Schaltstelle der Pinochet-Diktatur.

Der Putsch der chilenischen Militärs 1973 sollte das ganze Land verändern. Die Linke sollte ein für alle mal vernichtet werden. Dieser Vernichtungswille traf zusammen mit der Praxis der Schäfer-Sekte, den Teufel durch Folter, Zwangsmedikation in Überdosis und Unterdrückung der Sexualität auszutreiben. Der Marxismus, über den die Junta-Mitglieder bei jeder Gelegenheit wetterten, und der Teufel, den Schäfer beschwor, verschmolzen zu einer Einheit. Militär und Sekte wurden zu natürlichen Bündnispartnern.

Dieser gegenseitige Vernichtungswille führte dazu, dass Pinochets Geheimdienst DINA seine Gefangenen spurlos verschwinden ließ und die letzte Spur vieler „Verschwundener“ sich in der Colonia Dignidad verliert. Einige Überlebende der Folter schafften es Mitte der 1970er Jahre ins europäische Exil und berichteten über das Folterlager, zuerst vor Gremien der Vereinten Nationen in Genf. Dann nahm sich eine kleine Gruppe von Aktivist_innen der Frankfurter Chile-Koordinationsgruppe von Amnesty International (ai) der Sache an: Sie sprachen mit mehreren chilenischen Exilierten, die in der Colonia gefoltert worden waren und recherchierten die Vorgeschichte der Sekte in der Bundesrepublik. Im März 1977 veröffentlichten sie die Broschüre: „Colonia Dignidad: Deutsches Mustergut in Chile – Ein Folterlager der DINA“. Parallel berichtete die Zeitschrift *Stern*. Die Antwort der Colonia Dignidad brauchte nur wenige Tage: Beim Landgericht in Bonn wurde eine einstweilige Verfügung wegen Verleumdung eingereicht. Es folgte ein 20-jähriges Zivilverfahren, das sich in dem Maß, in dem AI neue Zeug_innen präsentierte, gegen die Foltersekte und die Diktatur wandte. Der endgültige – juristische – Beweis

für die Begehung schwerer Verbrechen durch die Siedlung konnte jedoch nicht erbracht werden. Die Diktatur deckte die Kolonie und auch bei der Bonner Justiz hielt sich der Eifer in Grenzen. So lief der bürokratische Versuch, über Rechtshilfeersuchen der bundesdeutschen an die chilenische Justiz den Beweis zu führen, ins Leere. Die kleine Gruppe von Menschen, die bei diesem komplexen Thema die Übersicht behielten, insbesondere die Mitglieder der AG Colonia Dignidad von AI, wirkte in die Solidaritätsbewegung und in die Institutionen hinein. Sie formulierten kleine Anfragen an die Bundesregierung für Bundestagsabgeordnete der SPD und später auch der Grünen und der Linkspartei. Sie berichteten nach akribischer Recherche in den *Chile-Nachrichten* – dann umbenannt in *Lateinamerika Nachrichten* (LN) – ab 1977 über die Entwicklungen des Falls. Zwei LN-Sondernummern in den Jahren 1980 und 1989 und Hefte wie Nr. 166 wurden zu Vorlagen einer breiten Presseberichterstattung. Als weitere Akteurin kam 1988 die Angehörigenvereinigung „Not- und Interessengemeinschaft der Geschädigten der Colonia Dignidad“ dazu, die das Thema regelmäßig auf die politische Ebene trug. Die Recherchen zur Colonia Dignidad sind bis heute im Ausland umfangreicher und solider als in Chi-

le. Während der Diktatur konnte das nicht anders sein, aber auch danach verhielten sich die chilenischen Menschenrechtsgruppen eher zurückhaltend gegenüber der Colonia Dignidad. Die Gruppierungen der chilenischen Überlebenden und der Angehörigen der „Verschwundenen“ in der Region des Geländes waren isoliert. Von den Menschenrechtsgruppen in Santiago erhielten sie wenig Rückhalt. Für diese war die Colonia Dignidad ein obskures, irgendwie deutsches Problem. Dazu kamen die Angst vor dem langen Arm der Sekte und die sprachliche Barriere. Die Solidaritätsbewegung im Ausland erhielt dadurch eine sehr spezifische Funktion: Global brachte die Solidaritätsbewegung die Diktatur deutlich in Bedrängnis, aber mit den Enthüllungen zur Colonia Dignidad hatte der kleine Trupp von Colonia-Dignidad-Spezialist_innen einen besonders wunden Punkt getroffen, ohne dass er das anfangs selbst so wissen konnte. Die Berichterstattung zur Colonia Dignidad ist längst in der bürgerlichen Presse angekommen. Das war nicht immer so: Nach den Enthüllungen von AI schrieb ein Verantwortlicher im Auswärtigen Amt (AA), die Behauptung, es gebe in der Colonia Dignidad ein Folterlager, habe „vor allem in linksorientierten Blättern“ eine gewisse Beachtung gefunden und folgere dann kurz darauf, die

▼ Die Witwen von durch die Diktatur Ermordeten protestieren Santiago, 16. Februar 1988



Existenz eines Haftlagers oder Folterzentrums im Bereich der Colonia Dignidad erscheine zweifelhaft. Mit dem Hinweis auf die linken Blätter hatte das AA sogar Recht. Wer die Menschenrechte als Maßstab der Außenpolitik ernst nimmt, sollte darüber nachdenken, warum es vor allem Linke waren und sind, die viele Jahre lang gegen Schäfers schmutziges, kinderschändendes, folterndes und mordendes Sektenlager agierten, und warum so viele Rechte der Sekte aktiv beistanden. Die Chile-Solidarität und das Problem Colonia Dignidad waren weit über die Diktatur hinaus miteinander verknüpft. Nach Pinochets Verhaftung in London 1998 forderten Demonstrant_innen in Deutschland, das AA solle der Frage der Colonia

geflohen, um der Haft und weiteren chilenischen Strafverfahren zu entgehen. Er lebt seitdem in Krefeld. Chile hat Deutschland um Auslieferung gebeten, was Deutschland mit Verweis auf die deutsche Staatsangehörigkeit Hopps abgelehnt hat. Im März 2013 hielten etwa 40 Personen eine Protestveranstaltung vor dem Haus Hopps ab, bei der sie die konsequente und rasche Strafverfolgung der Täter_innen der Colonia Dignidad in Chile und in Deutschland, die Vollstreckung der chilenischen Haftstrafe von Hartmut Hopp in Deutschland und die Errichtung einer Gedenkstätte an oder auf dem Gelände der ehemaligen Colonia Dignidad forderten. Am Tor der Colonia Dignidad – die sich heute „Villa Baviera“ nennt



▲ Die Militärjunta Santiago, 12. Februar 1988

Dignidad Priorität geben. Der damalige Außenminister Joschka Fischer ließ erklären, dass er das jetzt tun werde. Geschehen ist dann erst einmal nichts.

Erst vor wenigen Monaten, also kurz vor dem 40. Jahrestag des Putsches im September, war die Colonia Dignidad nun Thema eines gleichzeitigen und streng symmetrischen Protestes: Hartmut Hopp, Arzt und „Außenminister“ der Colonia Dignidad, war wegen eines in Chile gegen ihn geführten Prozesses im Mai 2011 nach Deutschland

– gedachten am selben Wochenende Angehörige ihrer verschwundenen Familienmitglieder und erhoben ähnliche Forderungen. Zum ersten Mal handelten Menschenrechtsaktivist_innen in Chile und in Deutschland koordiniert und simultan und zum ersten Mal wurde bezüglich der Colonia Dignidad die Erinnerungskultur thematisiert. Die Colonia Dignidad ist über 50 Jahre nach ihrer Gründung und 40 Jahre nach dem Putsch immer noch für Überraschungen gut.

// Friedrich Paul Heller

VOM PUTSCHISTEN ZUM LANGZEITDIKTATOR

WIE SICH PINOCHET 17 JAHRE LANG AN DER MACHT HALTEN KONNTE

Pinochet war Putschist der zweiten Stunde: Denn die anderen Generäle mussten ihn kurz vor dem 11. September 1973 zum Mitmachen überreden. Doch veränderte der General die chilenische Gesellschaft so nachhaltig, dass seine Diktatur bis heute politisch spürbar ist.

Der Putsch von 1973 war ein ganz besonderer. Er hat die chilenische Gesellschaft verändert wie kein anderes Ereignis in der Geschichte des Landes. Dennoch gab er sich unpolitisch. Das Parteiengestank sollte aufhören und mit dem 11. September (*el once*) ein neues Zeitalter einsetzen. Pinochet war ein Pionier des heute überall grassierenden Geschimpfes auf „die Politiker“. Die Streitkräfte verstanden sich als die einzigen, die die anstrengende politische Polarisierung der Unidad Popular-

Zeit in eine neue nationale Einigkeit überführen konnten. Und sie wurden von vielen Chilene_innen – im Laufe der Jahre eine starke Minderheit oder die knappe Mehrheit – auch so verstanden. Als Oberkommandierendem der stärksten Teilstreitkräfte (Heer), stand Pinochet zunächst der Vorsitz der Junta zu. Entgegen den Absprachen, dass der Vorsitz rotieren sollte, behielt er ihn, bis er sich selbst zum Staatspräsidenten machte und die Junta entmachtete. Da hatte er bereits alle seine militärischen Konkurrenten kaltgestellt. Hinter dieser unpolitischen Fassade lief nach den ersten Wochen breiter Repression das selektive Vernichtungsprogramm seines von ihm gegründeten Geheimdienstes DINA ab. Der Kern der linken Parteien „verschwand“ spurlos, nachdem DINA-Agenten die Parteimitglieder verhaftet hat-

▼ Anhänger_innen von Pinochet Santiago, 12. September 1988



ten. Ohne diese institutionalisierte Gewalt hätte die Diktatur keine 17 Jahre gedauert. Aber die DINA bestand nur drei Jahre lang. Da war Pinochet schon Alleinherrscher. Er und seine Berater_innen konnten die Repression abmildern und subtilere Herrschaftstechniken anwenden. Pinochet nahm immer mehr Zivilist_innen in sein Kabinett auf. Er wechselte seine Minister_innen und Berater_innen permanent aus, um keine alternativen Machtzentren entstehen zu lassen. Er reiste in die Provinzen, sprach auf Hunderten von Kundgebungen und gab den fürsorglichen Landesvater. Am 1. Mai redete er zu den Arbeiter_innen. Er nutzte als erstes chilenisches Staatsoberhaupt das Fernsehen für seine Zwecke. Er leitete eine Reihe

ne Art zivil-militärische Ersatzpartei sein sollte. Er betrieb eine eigene Frauenpolitik. Bei seinem Appell an die Frauen nutzte er ein Defizit der Linken aus, die die „Frauenfrage“ immer als „Nebenwiderspruch“ gesehen hatte, der dem Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital untergeordnet war. Die Unidad Popular wollte immer ein Frauenministerium gründen, hat es aber nie geschafft. Die Emanzipation der Frauen blieb für sie an die der gesamten Gesellschaft gebunden. Feminismus galt als bourgeoise Marotte. Pinochet betrieb Identitätspolitik.

Seine Frauenpolitik änderte nichts an den objektiven Lebensbedingungen der Frauen, aber er stilisierte sie zu Subjekten der Geschichte und sprach



▲ Augusto Pinochet Ugarte Santiago, 12. September 1988

von Reformen ein, die zuvor immer verschleppt worden waren, darunter eine dringend notwendige Verwaltungs-, Gebiets- und Steuerreform.

Die Rentenreform, die später Hunderttausende von Rentner_innen in die Armut trieb, kam in der Boomphase des Neoliberalismus gut an. Die Bildungsreform bestand lediglich in der Privatisierung eines großen Teils der Schulen und Universitäten. Sie verschaffte Pinochet immerhin Rückhalt im finanzstarken Bürgertum. Noch heute ist in Chile der Satz zu hören: „Aber eine der wenigen guten Sachen, die Pinochet gemacht hat...“, und dann kommt irgendeine seiner Reformen. Pinochet gründete ein Jugendsekretariat, das ei-

ihnen eine eigene „Mystik“ zu. Sein soldatischer Feminismus bestärkte die traditionelle Frauenrolle in Haushalt, Familie und Ehrenamt, wendete sie aber rhetorisch zu einem biologisch verankerten Vorzug. Für ihn waren die Frauen instinktive Vorkämpferinnen des neuen Chile nach dem Putsch. Der Neoliberalismus, den Pinochet ab 1975 anfangs zögerlich, dann aber fast ungebremsst walteten ließ, verschaffte ihm die soziale Basis, die alle Appelle und Organisationsgründungen nicht bewirken konnten. Jetzt ging es auch für die von der wirtschaftlichen Depression gebeutelte Mittelschicht wieder aufwärts. Der Neoliberalismus war, ob absichtlich oder durch seine inhärente Ge-

setzmäßigkeit, zugleich ein Gesellschaftsprojekt. Er schuf in Chile weit früher als in anderen Teilen der Welt eine Mentalität, die die Diktatur stützte. Die Marktöffnung steigerte das Selbstwertgefühl der Chilen_innen. Als Konsumbürger_innen waren sie frei und scheinbar gleich. In den neu entstehenden Supermärkten lagen Artikel aus aller Welt lagen zum Kauf bereit, die Banken verteilten freigiebig Kreditkarten. Schulden zu haben war Ehrensache. Der Neoliberalismus war das Mittel, die terrorisierte, fragmentierte und entsolidarisierte chilenische Gesellschaft ohne politische Polarisierungen wieder auf gemeinsame Aufstiegserwartungen auszurichten. Die Erfüllung unmittelbarer Bedürfnisse – und sei es durch Billigware und auf Pump – schuf einen Konsens des Lebensstils. Hunger und Repression in den ersten Jahren nach dem Putsch waren als notwendiges Durchgangsstadium deutbar. Das verschaffte Pinochet passive Zustimmung. Ihm, Pinochet, war das „Glück der vollen Schaufenster“ zu verdanken. Die Linke (bei Pinochet „der Marxismus“) sollte nie wieder an die Macht kommen. Dazu musste das Land von Grund auf verändert werden. Die Junta 1973 und Pinochet in der Phase seiner Alleinherrschaft verstanden, dass dies nur mit Repression nicht zu erreichen war. Der Hebel für einen neuen Konsens war eine Verfassungsdiskussion. Es überrascht zunächst, dass sich die Diktatur um Legitimität durch Institutionalität und sogar durch eine Verfassung bemühte, denn die Gewaltsamkeit des Putsches schien jeden gesellschaftlichen Konsens auszuschließen. Im Putsch war aber beides angelegt, Repression und Konsens, und beide waren miteinander verzahnt. Die Repression funktionierte, weil ein bedeutender Teil der Bevölkerung damit übereinstimmte, dass es nur mit Härte ginge, und wusste, dass es schon „die Richtigen“ treffen würde. Diese passive Zustimmung konnte die Diktatur nötigenfalls aktivieren, indem sie zum Beispiel zu Plebisziten aufrief. Die Konsenssuche war aber mehr als Taktik. Die Verfassungsdiskussion, die Verfassung selbst und die darauffolgende *transición* (Übergang zur Demokratie) waren der geglückte Versuch, die Gewaltsamkeit des Putsches funktional einzuhegen. Dazu musste die neue Elite die politische Figur Pinochet neu ausrichten – und Pinochet spielte mit. Er trat zivil auf, gab den gütigen Opa. Die *transición* wurde zu einer mehrfach von einer Vielzahl von Akteur_innen aktualisierten Strategie, dem Diktator eine Selbst-

bindung aufzuerlegen. Diese Strategie gab Pinochet die reelle Chance auf 25 Jahre Machtausübung und alternativ die eines gesichtswahrenden Abgangs. Sie war zudem im besten Interesse der Streitkräfte, die sie dann auch ohne Schaden überstanden, während ein revolutionärer Bruch, wie er damals in Nicaragua geschah, auch um den Preis politischer Kompromisse mit der gemäßigten Opposition vermieden werden musste.

Die 1980 in einem Plebiszit angenommene Verfassung sollte laut Pinochet eine „neue Demokratie“ begründen, was aber ein Schlagwort blieb. Sie stabilisierte zunächst die Militärherrschaft, denn diese konnte sich auf einen durch das Plebiszit legitimierten Zeithorizont berufen. Pinochet musste sich zum ersten Mal seit dem Putsch an ein festgelegtes Prozedere und einen dazugehörigen Zeitablauf halten und tat es auch. Zunächst war die Verfassung allein auf Herrschaftssicherung ausgerichtet. Während der Wahlen, die die Verfassung vorsah, wandelte sie sich jedoch zu einem gesellschaftlichen Konsens. Pinochet selbst wurde nur zu einem unter zahlreichen Beteiligten. Sie war auch das Mittel, mit dem Pinochet sich einen Machtvorbehalt für die Zeit nach seiner Präsidentschaft sicherte. Ihre historische Funktion war es, die heterogenen Zeitperspektiven der einzelnen Akteur_innen in Regierung und Opposition, im In- und Ausland zusammenzuführen, wenn auch unter fragwürdigen Kompromissen.

Wie hat es Pinochet also geschafft, so lang an der Macht zu bleiben? Die beste Garantie für eine lange Diktatur ist eine Mischung aus Repression und Konsens. Das hat Pinochet verstanden. Er förderte einen Konsens, dass der Putsch nötig war, um ein modernes, nicht polarisiertes Chile zu schaffen. Als Alleinherrscher machte er sich zum Bezugspunkt dieses Konsenses. Dann entstand eine gesellschaftliche Dynamik, die sich schließlich gegen ihn kehrte. Er rief die Chilen_innen mehrfach zu plebiszitären Wahlen, zuletzt 1988 über seine politische Zukunft – aber diesmal verlor er.

Er starb 2006 in Chile im Bett, trotz seiner Haft in London 1998 bis 2000, denn das demokratische Chile haute ihn raus. Das heutige Chile ist das Produkt seiner Diktatur. Die Verfassung, die Wirtschaft, das Erziehungssystem und vieles mehr sind so, wie er es eingeführt hat. Nicht institutionell, aber politisch hat die Diktatur den Diktator überlebt, denn es war eine besondere Diktatur.

// Dieter Maier

„ICH BIN EIN WELTMENSCH“

INTERVIEW MIT EVA TICHAUER MORITZ ÜBER IHR EXIL IN DER BRD

Wo waren Sie am 11. September 1973?

Am 11. September morgens war ich auf dem Weg zur Arbeit. Ich arbeitete genau um die Ecke vom Präsidentenpalast La Moneda im historischen Hotel City. Ich war dort Übersetzerin in der Rezeption, zusätzlich zu meiner Arbeit als Lehrerin. Und dann hörte ich im Radio, dass da eine Menge passierte und es war ja auch schon abzusehen, dass eine Reaktion von Seiten der Militärs kommen würde. Das lag in der Luft, man fühlte es.

Wie haben Sie die Tage nach dem Putsch erlebt?

Erst mal durften wir nicht nach Hause zurück. Dann gab es einen Weg über den Rio Mapocho, und man sah Berge von Toten auf der Plaza de Armas. Das war ein absoluter Schock. Ich hätte nie gedacht, dass es so schlimm sein würde. Und dann musste man sich irgendwie arrangieren und gucken, was man macht. Ich habe einfach weiter gearbeitet, das war nicht einfach.

Später wurde mein Mann festgenommen. Am 21. Mai hatten wir eine Hausdurchsuchung, und sie haben gesagt: „Wir haben Ihren Mann.“ Die Kinder sind fast verrückt geworden. Meine Tochter war acht, mein Sohn fünf Jahre alt, und er hat dann fast einen Monat nicht mehr gesprochen und sich hinter dem Sofa versteckt. Da musste ich ihn immer füttern, er wollte nicht raus. Für ihn war es ein unglaublicher Schock. Meine Tochter hat das besser verkraftet.

Dann wurde ich angerufen, ich müsse die Kinder verstecken. Sie sollten abgeholt werden, um sie vor dem Vater zu foltern, damit er redet. Ein Freund von Freunden hat gesagt: „Gib sie mir.“ Er hat mir geholfen, meinen Mann zu suchen. Aber wir haben ihn nicht gefunden, und da hat er gesagt: „Mensch, du hast doch deutsche Eltern. Geh' doch mal in die Botschaft und frag', ob sie Dir irgendwie helfen können.“ Das habe ich dann gemacht. Sie ließen mich lange warten, kamen schließlich mit einem Pass und sagten: „In zwei Monaten sind Sie alle in Deutschland.“

Hat man Ihnen gesagt, warum Ihr Mann verhaftet wurde?

Er hat es mir erzählt, nachdem er von der Botschaft gefunden worden war. Er war in ein Stadion gebracht worden, vorher war er in einem Folterhaus gewesen. Mein Mann war in einer revolutionären Partei, die im Untergrund gearbeitet hat.

Sie waren also auf der bundesrepublikanischen Botschaft...

Da wurde ich erst mal rausgeschickt, gnadenlos. Und dann ging ich zum Konsulat. Ich bin Jüdin und habe mit einem Rabbiner gesprochen, der mir aber mir nicht helfen konnte. Er hat mich zu Helmut Frenz geschickt, dem lutherischen Repräsentanten in Chile. Der hat mir wahrlich geholfen und sich mit dem deutschen Botschafter angelegt: „Kümmere Dich jetzt um die Menschen und nicht nur um Feiern und Feste mit den Putschisten. Hier ist eine jüdische Familie, die Hilfe braucht, und die sind in diese Situation geraten, weil wir Nazis diese Familie aus Deutschland raus gejagt haben.“ Das waren seine Worte.

Wann war klar, Sie gehen ins Exil?

Im Mai, Juni 1974. Ich wollte das auf keinen Fall. Ich habe mich gefragt, was habe ich denn da zu suchen? Noch dazu mit meiner familiären Vergangenheit. Aber man sagte mir: „Jetzt stehen Sie unter unserem Schutz. Und wenn Sie vor die Behörden zitiert werden, muss jemand von uns Sie begleiten.“

Von der Botschaft?

Vom Konsulat. Der Botschafter war eine Nummer für sich. Keiner mochte mit ihm etwas zu tun haben.

Wurden Sie freigekauft?

Ja. Eine Zeit lang war mein Mann von einem Campo de Detenidos, von einem Internierungslager zum nächsten geschickt worden. Aber es gab keine Anschuldigung, keinen Prozess, gar nichts.

Und dann hat Bundeskanzler Helmut Schmidt den damaligen Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski nach Chile geschickt, um 47 Familien rauszuholen.

Wann war Ihr erster Tag in der Bundesrepublik Deutschland?

Am 25. Februar 1975. Es war ein sehr schöner, kalter, sonniger Tag. Wir dachten, wir sind in Chile und der Himmel war genau wie bei uns im September.

Wo sind Sie angekommen?

In Hamburg, wo mein Bruder wohnte. Wir sollten erst einmal nach Stuttgart. Aber mein Bruder hat alles getan, damit wir zu ihm nach Hamburg kamen.

EVA TICHAUER MORITZ

wurde 1944 in Valparaíso geboren. Ihre Eltern waren aus Deutschland vor den Nationalsozialisten nach Chile geflüchtet. Den Militärputsch gegen den chilenischen Präsidenten Salvador Allende hat sie in Santiago erlebt, 1975 ging sie mit ihrer Familie ins Exil in die Bundesrepublik Deutschland. Lange Jahre hat sie als Spanisch-Lektorin an der Universität Göttingen gearbeitet. Eva Tichauer Moritz ist Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde und des Jüdischen Lehrhauses in Göttingen.

Haben Sie sich in Deutschland willkommen gefühlt?

Ich hatte keine Zeit, darüber nachzudenken. Ich war die einzige in der Familie, die mit Deutsch zumindest zurechtkam. Ich habe fast alles verstanden. Meine Eltern haben zuhause Deutsch gesprochen, wir Kinder haben immer Spanisch geantwortet. Aber ich war auch zwei Jahre in der Deutschen Schule.

Wie haben Sie Fuß gefasst in Deutschland?

Indem ich so schnell wie möglich angefangen habe zu arbeiten. Mein Mann hat gleich einen Deutschkurs an der Uni Hamburg bekommen, innerhalb von 6 Monaten konnte er fast perfekt Deutsch. Und ich habe mit Lehraufträgen an drei Schulen und an der Uni gearbeitet.

Wie lange sind Sie in Hamburg geblieben?

Drei Jahre.

Und wie ging's dann weiter?

Dann habe ich ein Angebot der Uni Göttingen bekommen, als Lehrbeauftragte zu arbeiten. Mein Mann war Betriebswirt, aber er musste noch einmal studieren und bekam von der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Stipendium. Ich habe nach ungefähr einem Jahr eine Stelle als Spanisch-Lektorin an der Uni bekommen.

Und wie sind die Kinder klargekommen in Deutschland?

Wortlos. Ein Mädchen aus der Klasse meiner Tochter kam jeden Tag zum Spielen, es war ein wortloses Spielen zu Dritt und auf einmal konnten sie Deutsch.

Wie haben die Leute in der Bundesrepublik auf die politische Situation in Chile reagiert?

Wie wurde das diskutiert?

Die ersten Leute, mit denen wir etwas zu tun hatten, waren Freunde meines Bruders. Sie waren alle aus der jüdischen Gemeinde in Hamburg und haben uns fantastisch aufgenommen.

Dann hat er uns anderen Chilenen vorgestellt. Wir wurden eingeladen ins Audimax zu einer Veranstaltung der Chile-Solidarität und da waren wir absolut baff und sprachlos. Es war rappellvoll und es war unglaublich: So viele Leute und so viel Empathie für Chile, für die Chilenen... Wir hatten nie erwartet, dass es so etwas in Deutschland gibt.

Also fühlen Sie sich aufgenommen und verstanden?

Sehr, sehr gut aufgenommen.

Was bedeutet Exil für Sie?

Viel Heimweh. Jetzt fahre ich öfters nach Chile. Wenn ich hier bin, vermisse ich dort, wenn ich dort bin, vermisse ich hier. Man gewöhnt sich daran, in zwei Welten zu leben. Aber ich kann es mir leisten, öfters zu fahren. Denjenigen, die das nicht können, geht es schlechter. Immer noch.

Ist es schwer zu sagen, wo jetzt Ihre Heimat liegt?

Ich denke, ich bin ein Weltmensch und meine Kinder auch. Egal wo sie hingehen, sie fühlen sich wohl.

// Interview: Rainer Schobeß

„ICH BIN STOLZ, EIN AUSLÄNDISCHER OSSI ZU SEIN“

INTERVIEW MIT MARIO FUENTES DELGADO ÜBER SEIN EXIL IN DER DDR

Wo waren Sie am 11. September 1973?

Ich war zuhause. Ich gehörte damals zur Gruppe der Personenschützer von Salvador Allende und habe seine Häuser bewacht. Wochenlang war ich in Bereitschaft gewesen, und am 10. September wurde ich zum Schlafen nach Hause geschickt. Als ich aufwachte, waren die Militärs auf der Straße.

Wie haben Sie den Putsch erlebt, nachdem Sie aufgewacht waren?

Es war ziemlich aufregend. Alle Rundfunksender spielten nur Militärmusik, und es wurde durchgesagt, die Leute sollten zuhause bleiben und nicht auf die Straße gehen. Meine Organisation hat mich gegen Mittag geholt. Wir dachten, wir stellen uns gegen die Militärs. Und plötzlich kam der Befehl, uns zurückzuziehen. Es war sinnlos, auf die Straße zu gehen und sich umbringen zu lassen.

Sie sind in den Untergrund gegangen?

Ich war von September 1973 an im Untergrund.

Und was hat Ihre Familie gemacht?

Wenn man sich entscheidet für den Untergrund, muss man mit allem brechen. Meine drei Kinder wurden verteilt. Meine Frau wurde leider Mitte 1974 festgenommen. Nur, weil sie meine Frau war. Sie wurde gefoltert, aber nach 15 Tagen wieder freigelassen. Und dann hat meine Organisation sie und meine Kinder nach Kuba geschafft.

Wann war für Sie klar, ich gehe ins Exil?

Als meine Organisation mir Anfang 1975 sagte, dass ich ins Exil gehen muss. Ich wollte nicht ins Exil, ich wollte nicht raus aus Chile. Aber wir waren für die Sicherheit unserer Politführung zuständig, und nach uns wurde gesucht. Dadurch wurden wir zu einer Gefahr für die Organisation.

Sie bekamen Befehl, ins Exil zu gehen. War auch klar, wohin?

Ich habe Order bekommen, in die italienische Botschaft zu gehen. Dort war ich ungefähr vier Wochen, und dann wurde ich nach Italien gebracht, wo ich politisches Asyl bekommen habe.

Wir wurden mehrere Wochen lang verhört. Die Italiener hatten große Angst, dass wir unsere Erfahrungen aus dem Untergrund an die italienischen Linksorganisationen weitergeben.

Zu der Zeit waren die Kommunisten an der Regierung beteiligt. Es gab fast täglich Zeitungsberichte über unsere Lage. Dadurch hat mein Vater Julio Fuentes Molina davon erfahren. Er lebte in Ost-Berlin und arbeitete für das DDR-Fernsehen. Mein Vater hat mir dann eine Einladung in die DDR besorgt.

Wie war Ihr erster Tag in der DDR?

Als ich hier ankam, war das ein Schock. Wir sind von Rom über Prag nach Ost-Berlin geflogen. Es war Nacht, es war kalt. Plötzlich kam ein Offizier auf mich zu mit einer komischen Uniform, die so ähnlich aussah wie die der Militärs in Chile. Als ich meinen Vater traf, sagt er: „Du bist so blass. Ist etwas passiert?“ „Nee“ habe ich gesagt, „aber ich hatte ein bisschen Angst.“

Haben Sie sich trotzdem willkommen gefühlt in der DDR?

Das war das komischste. Ich war ein offizieller Gast und wurde in ein Gästehaus der Regierung gebracht. Dort bekam ich alles: Essen, Zigaretten, alles, was ich wollte.

Die Leute in Berlin waren unheimlich freundlich. Da habe ich entschieden, hierzubleiben. Und dann fingen die Probleme an. Nach vielleicht zwei Monaten hieß es, ich muss nach Jena. Ich wollte aber in Berlin bleiben.

Und sind Sie nach Jena gegangen?

Ja, ich wurde im Kulturhaus des VEB Carl Zeiss Jena eingestellt als Instruktur. Ich weiß bis heu-

te nicht, was das bedeutet. Aber ich hatte ein Büro, ich hatte ein gutes Gehalt und nichts zu tun. Nach sechs Monaten beschloss ich, zu kündigen. Das war 1976, und danach bin ich nach Berlin zu einer Freundin gezogen.

Nach einiger Zeit wurde ich eingeladen ins ZK der SED. Und so eine Einladung bekommt nicht jeder. Ich hatte dort eine große Diskussion, weil sie unbedingt wollten, dass ich wieder nach Jena gehe. Einer meinte: „In Berlin können Sie nicht arbeiten.“ – „Dann gehe ich nach West-Berlin.“ Ein anderer sagte: „Sie verkaufen Ihre Arbeitskraft lieber den Kapitalisten im Westen?“ Und ich habe geantwortet: „Das machen doch Millionen von Menschen, die dort arbeiten.“ Er sagte: „Wenn wir könnten, würden wir sie alle hierher holen.“ Und ich: „Wenn Sie alle Arbeiter aus dem Westen hierher holen, wer macht dann dort die *revolución*?“ Das war meine Unterhaltung im ZK der SED.

MARIO FUENTES DELGADO

wurde 1948 in Santiago de Chile geboren. Er ist ausgebildeter Schauspieler und wurde 1970 Mitglied der Grupo de Amigos Personales (GAP), die bei Präsident Salvador Allende für den Personen- und Objektschutz verantwortlich war. Den Militärputsch hat er in der chilenischen Hauptstadt erlebt. 1975 ging er ins Exil in die DDR und war lange Jahre als Schauspieler am Volkstheater Rostock engagiert. Heute arbeitet er als Sänger und Musiker in Rostock.

Wie ging's dann weiter?

Nach einer Woche standen zwei Herren vom Ministerium für Staatssicherheit vor der Tür. Die haben mir gesagt, ich soll packen. Ich dachte, die schicken mich nach West-Berlin. Ich wurde in einen Barkas verfrachtet und wir sind losgefahren. Nach einer Stunde Fahrt dachte ich, die Grenze kann doch nicht so weit weg sein. Nach zwei Stunden dachte ich, wo bringen sie mich hin? Nach drei Stunden war ich verzweifelt. Nach vier Stunden habe ich ein Schild gesehen: „Willkommen in Rostock.“ Und da wusste ich, ich bin in Rostock.

Ich wurde nach Lütten Klein gebracht. Sie haben die Tür zu einer vollmöblierten Wohnung aufgemacht, meinen Koffer rein geschmissen, mir die Schlüssel gegeben und gesagt: „Das ist jetzt Dein Zuhause“

Plötzlich hörte ich Stimmen, ich guckte aus der Tür und eine Frau sagte auf Spanisch: „Eh, Du bist Mario? Die DDR-Behörden haben uns benachrichtigt, dass sie einen Verrückten bringen. Wir sollen auf Dich aufpassen.“

Ihr Mann war Musiker am Volkstheater Rostock und er hat mich zum Theater gebracht. Dort gab es damals eine chilenische Gruppe, El Teátro Lautaro, und ich habe sofort einen Vertrag bekommen und bis 1994 am Volkstheater gearbeitet.

Wo ist El Teátro Lautaro aufgetreten und vor welchem Publikum?

Wir haben viele Kinderstücke gespielt. 1977 wurde diese chilenische Truppe dann aufgelöst und wir wurden übernommen ins Ensemble des Volkstheaters.

Wie haben Sie die Solidarität mit Chile und auch mit Ihnen persönlich erlebt?

Hier in Rostock waren wir privilegiert. Wir hatten keine Probleme mit unseren Nachbarn, sie waren alle sehr hilfsbereit. Wenn wir aufgetreten sind auf Veranstaltungen der FDJ, im Kindergarten oder irgendwo in Schulen, wurden wir unheimlich freundlich aufgenommen. Aber direkten Kontakt mit der normalen Bevölkerung hatten wir kaum. Unsere Bekannten und Freunde waren Maler, Bildhauer oder Keramiker, das waren unsere Kreise.

Was bedeutet Exil für Sie?

Exil ist eine ganz, ganz schlimme Sache, wenn es unfreiwillig erfolgt. Aber wenn dieses Exil nicht gewesen wäre, hätte ich mein Leben nicht so gestalten können, wie ich es getan habe. Und ich hätte hier keinen Sohn, er ist ein fantastischer Mann.

Wo liegt Ihre Heimat?

Meine Heimat ist, wo meine Freunde sind, wo meine Familie ist und wo ich mich wohlfühle. Und das ist zurzeit Rostock. Ich mache mir einen Spaß daraus zu sagen: „Ich bin stolz, ein ausländischer Ossi zu sein.“

// Interview: Rainer Schoßeß

DIE DUNKLEN SCHATTEN DER GESCHICHTE

UNTERSCHIEDLICHE AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT IN ARGENTINIEN UND CHILE

Schmutziger Krieg, Folter, Menschenrechtsverletzungen, politische Haft, Exil und Verschwundene: Die Militärdiktaturen, die in großen Teilen Lateinamerikas in den 1960er, 70er und 80er Jahren herrschten, stellen ein dunkles Kapitel der lateinamerikanischen Geschichte dar. In den Cono Sur-Staaten Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay wird die Aufarbeitung der Vergangenheit unterschiedlich gehandhabt. Während Argentinien die Menschenrechtsverbrechen aufarbeitet, steht ein wirklicher Bruch mit der Diktatur in Chile noch bevor.

Als Augusto Pinochet am 10. Dezember 2006 starb, zeigte sich eindrucksvoll die Spaltung der chilenischen Gesellschaft. Während die einen Freudenfeste feierten, beweinten die anderen den Tod des Ex-Diktators vor dem Militärkrankenhaus. Tatsächlich hat auch heute noch ein großer Teil der Bevölkerung ein positives Bild des Generals. Laut Umfragen sind etwa drei Viertel der Chilen_innen der Meinung, dass der Pinochetismus noch immer die nationale Politik beeinflusst. Damit ist die diktatorische Vergangenheit bis in die Gegenwart Chiles aktuell. Auch kam es erst 30 Jahre nach Ende der Diktatur zur ersten offiziellen Gedenkveranstaltung zum Putsch. Auf der anderen Seite der Anden gilt dagegen Argentinien als das Land Lateinamerikas, das bei der Vergangenheitsbewältigung bisher die meisten Fortschritte beziehungsweise positiven Erfolge zu verzeichnen hat. Die beiden „Nachzügler“ Uruguay und Brasilien stehen dabei irgendwo zwischen den beiden „Extremen“ Argentinien und Chile.

Wenn politische Regime, die mit massiven Menschenrechtsverletzungen einhergehen, von demokratischen Systemen abgelöst werden, stellt sich unweigerlich die Frage des Umgangs mit der Vergangenheit. Wie können sich Staat und Gesellschaft ihrer Vergangenheit angemess-

sen erinnern? Soll verurteilt, versöhnt oder aber vergessen werden, um ein demokratisches Fundament für die Zukunft zu schaffen? Die Vergangenheit kann nicht mehr ungeschehen gemacht und die Toten können nicht mehr wieder belebt werden. Die Art und Weise, wie die Vergangenheit interpretiert wird, kann jedoch eine Wiedergutmachung und Würdigung für die Opfer bedeuten. Für einen Versöhnungsprozess ist es daher unabdingbar, die Gesellschaft sowie nachfolgende Generationen über die Vergangenheit aufzuklären, um diese in das Bewusstsein der Menschen zu holen und aus begangenen Fehlern zu lernen.

Doch weder das gewählte Aufarbeitungskonzept noch die Betrachtung der Vergangenheitspolitik an sich erklären den Stand der Vergangenheitsbewältigung in einem Land. Welches Bild der Vergangenheit sich letztlich durchsetzt, hängt von strukturellen Rahmenbedingungen, vom Kräfteverhältnis der verschiedenen Akteure sowie der konkreten Ausgestaltung der Vergangenheitspolitik ab. Es sind das Zusammenspiel verschiedenster Faktoren und deren jeweilige „Durchschlagskraft“, die den Erfolg bei der Aufarbeitung der Vergangenheit ausmachen. Auch variiert die Erinnerungspraxis von Land zu Land und geht mit unterschiedlichen Erinnerungskulturen einher. Zudem wird die Bewältigung der Vergangenheit wohl niemals vollkommen abgeschlossen sein, sondern ein dynamischer Prozess bleiben. Eine intensive Auseinandersetzung ist notwendig, um die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Auch in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay sah man sich nach der Rückkehr zur Demokratie mit dem politisch brisanten Erbe der staatlich organisierten Verbrechen konfrontiert. Neben den Regierungen, den Parlamenten und der Justiz waren es vor allem die Vertreter_innen der Täter- und Opfergruppen, das Militär und die Menschenrechtsbewegungen, die den

jeweiligen Umgang mit dem Erbe der Diktatur prägten.

Mit der Doktrin der Nationalen Sicherheit verband die Militärregime in allen vier Ländern die gleiche ideologische Orientierung und die Verfolgung Oppositioneller wurde im Rahmen der Operation Condor untereinander koordiniert. Trotzdem verlief der Prozess der Vergangenheitsbewältigung in allen vier Ländern nach unterschiedlichen Mustern: Zum einen variiert das Ausmaß der Verbrechen in den vier Ländern und dementsprechend auch die jeweilige Intensität der Aufarbeitung. Nach Angaben der argentinischen Wahrheitskommissi-

Zum anderen haben auch die Dauer der Militärregierungen sowie der jeweilige Übergang zur Demokratie erheblichen Einfluss auf den Prozess der Vergangenheitsbewältigung. Die Machtergreifung durch die Militärs lag zwar in allen Ländern zeitlich nah beieinander (Brasilien 1964, Chile 1973, Uruguay 1973 und Argentinien 1976). Chile kehrte jedoch erst 1990 als letztes der Länder zur Demokratie zurück – lange Zeit nach Argentinien (1983), Brasilien und Uruguay (beide 1985). Ausschlaggebend hierfür dürften das jeweilige Kräfteverhältnis der verschiedenen Akteure in den Ländern sowie ihr Verhält-



▲ Anbringung von Plakaten für eine Demonstration Santiago, 06. September 1988

on wurden dort inzwischen über 12.000 Fälle von *desaparecidos* (Verschwundenen) dokumentiert, Schätzungen gehen aber von bis zu 30.000 Fällen aus. In Chile liegt die Zahl der Verschwundenen und Ermordeten bei bis zu 4.500, in Brasilien bei 400 bis 500 und in Uruguay bei etwa 200 bis 300.

nis zueinander sein: Während in Argentinien die Niederlage im Falkland/Malvinas-Krieg den endgültigen Kollaps der Militärregierung einleitete, wurde die Rückkehr zur Demokratie in Chile und Uruguay durch lange Verhandlungen zwischen dem Militär und zivilen Kräften herbeigeführt.

So verdeutlicht das Beispiel Chile: Können die Eliten sich im Prozess der Vergangenheitsbewältigung durchsetzen, kann davon ausgegangen werden, dass zumindest vorerst zum Vergessen gedrängt wird. Auf der anderen Seite zeigt das für Lateinamerika viel zitierte „Paradebeispiel“ Argentinien: Dominieren die sozialen Bewegungen

Teil der Gesellschaft verurteilt die Diktatur und spricht sich für Vergangenheitsbewältigung aus. Der andere Teil aber behauptet, die Diktatur wäre nötig gewesen, um die nationale Wirtschaft durch die Implementierung des neoliberalen Wirtschaftsmodells zu reformieren und voranzutreiben.



▲ Festnahme einer Frau Santiago, 16. September 1988

gegenüber Militärs und Eliten und werden sie gar durch eine staatliche Vergangenheitspolitik unterstützt, wird der Aufarbeitungsprozess viel schneller angestoßen. Eine öffentliche Erinnerungskultur, die unterschiedliche Perspektiven auf die Vergangenheit zum Tragen kommen lässt, fördert deren Aufarbeitung. Dennoch kann der Fortschritt von Vergangenheitsbewältigung schlecht gemessen werden, so dass sich immer nur gesellschaftliche Tendenzen beschreiben lassen.

In Chile besteht keine einheitliche Meinung darüber, ob an die Vergangenheit erinnert oder ob sie vergessen werden soll. Das liegt vor allem daran, dass es keine einheitliche Interpretation gibt. Ein

Auch bei Betrachtung der Medien offenbart sich diese politische Kontinuität: Fast alle chilenischen Medien stammen aus dem Kreis der traditionellen Eliten, der die Diktatur damals unterstützte. Sie berichten zwar über offizielle Gerichtsverfahren, aber kaum über zivilgesellschaftliche Initiativen. Sie vermeiden prinzipiell das Wort „Diktator“ und sprechen stattdessen vom „Ex-Präsidenten“ oder „Ex-General“.

In Chile wurde zwar – wie in Argentinien auch – nach der Transition eine Wahrheitskommission einberufen, es wurden Gedenktage festgelegt und Gerichtsverfahren gegen Täter angestrengt. Doch endete die Diktatur in Chile erst 1990, war

damit von längerer Dauer als die anderen Diktaturen, und der Übergang zur Demokratie war mit einem politisch weiterhin aktiven Ex-Diktator ein gänzlich anderer als in Argentinien. In Chile beruhte die Transition auf einem Pakt. Pinochet genoss bis zu seinem Tod eine starke Medienpräsenz, das Militär hatte eine starke Position inne, autoritäre Elemente der Verfassung von 1980 blieben bestehen, die konservativen Parteien waren mit dem alten Regime verbunden und die alten Eliten wurden gesellschaftlich unterstützt. Das alles sind Faktoren, die sich auf den Prozess der Vergangenheitsbewältigung hemmend auswirkten.

Die Eliten konnten sich im Prozess der Vergangenheitsbewältigung in Chile somit weitgehend durchsetzen und auf ein „Vergessen“ hin drängen. In Argentinien dominierten hingegen soziale Bewegungen wie zum Beispiel Menschenrechtsgruppen gegenüber schwachen Militärs und Eliten.

Die Aufarbeitung der argentinischen Militärdiktatur begann 1983 mit dem ersten demokratisch gewählten Präsidenten Raúl Alfonsín und hält bis heute an. In den ersten Jahren nach der Diktatur wurde allen Mitgliedern der Militärjuntas der Prozess gemacht. Führende Generäle wurden zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Massiver Druck des Militärs führte nach wenigen Jahren jedoch dazu, dass 1986 zwei Amnestiegesetze erlassen wurden. Das Schlusspunktgesetz verhinderte weitere Verfahren und eröffnete die Möglichkeit, bereits verhängte Strafen aufzuheben. Das Befehlsnotstandsgesetz sprach die unteren Militärränge von jeglicher Verantwortung frei. Alfonsíns Nachfolger Carlos Menem ließ die verurteilten Juntageneräle bei Amtsantritt 1989 sogar begnadigen und schuf so eine Situation der vollkommenen Straflosigkeit.

Ende der 1990er wurde jedoch die Forderung nach einer Annullierung der beiden Amnestiegesetze immer lauter – beflügelt durch die Prozesse gegen argentinische Militärs in Europa, für die sich Nichtregierungsorganisationen eingesetzt hatten, und der sensationellen Verhaftung des chilenischen Ex-Diktators Pinochet in London. Entscheidend für den Prozess der Vergangenheitsbewältigung war der Regierungswechsel 2003: Präsident Néstor Kirchner erklärte die gesellschaftliche und strafrechtliche Aufarbeitung der Diktaturverbrechen zur Priorität und sorgte schrittweise für die Annullierung der Amnestiegesetze (2005). Weitere Maßnahmen – vor allem symbolischer Art – ga-

ben Raum, um wichtige Erinnerungsorte und Gedenkstätten zu schaffen. Die Erinnerung nahm so im öffentlichen Raum immer mehr Platz ein. Der Fortschritt bei der Vergangenheitsbewältigung drückt sich seit 2010 auch in regelmäßigen Gerichtsverfahren gegen ein breites Täterspektrum der Diktaturzeit aus – anders als zum Beispiel in den Nachbarländern Uruguay und Brasilien.

Zwar beklagen Menschenrechtsaktivist_innen beim argentinischen „Musterbeispiel“ auch die Abwesenheit einer effizienten Strategie in der Strafverfolgung. Dennoch kann man von einer umfassenden Vergangenheitsbewältigung sprechen. Die Notwendigkeit der Aufarbeitung ist nicht nur von Staat und Gesellschaft offiziell anerkannt, sondern es besteht weitgehend ein gesellschaftlicher Konsens darüber und es wird eine differenzierte öffentliche Debatte über die Art und Weise der Gestaltung der Vergangenheitsbewältigung geführt. Dies ist nicht nur der Hartnäckigkeit von Opfer- und Angehörigenverbänden, insbesondere der Madres de la Plaza de Mayo zu verdanken, die bereits während der Militärdiktatur wöchentlich das „Verschwindenlassen“ ihrer Kinder öffentlich anprangerten, sondern auch dem Einsatz der Wahrheitskommission und den Juntaprozessen. In Chile jedoch endete die Diktatur erst 1990. Weiterhin verhandelten in Chile alle am Prozess der Vergangenheitsbewältigung beteiligten Akteure (Staat, Militär, Eliten und Zivilgesellschaft) gemeinsam über die Ausgestaltung des Aufarbeitungskonzeptes. Zudem war Pinochet bis zu seinem Tod in der Öffentlichkeit präsent und konnte den Prozess der Vergangenheitsbewältigung stark beeinflussen.

Anders als in Chile gab es in Argentinien keinen paktierten Übergang, und so konnte sich die Menschenrechtsbewegung gegenüber dem durch den Falkland-Krieg geschwächten Militär durchsetzen, das zusätzlich öffentlich Reue bekannte. Während sich in Chile eine schwache Menschenrechtsbewegung einem starken Militär gegenüber sah, wurden die Militärs in Argentinien praktisch nicht wirklich in die Transition miteinbezogen. So sind die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen letztendlich für die Unterschiedlichkeit der Prozesse der Vergangenheitsbewältigung verantwortlich und auf diese Weise konnte dieser in Argentinien viel eher und mit anderen Ergebnissen voranschreiten als in Chile, Uruguay oder Brasilien.

// Maja Dimitroff

GRAUZONEN, DUNKLE FLECKEN, SCHWARZE LÖCHER

DAS GESPENST DER DIKTATUR IM ZEITGENÖSSISCHEN CHILENISCHEN ROMAN

„Eine Erinnerung kann sich in der Zeit auflösen und nur ein Gefühl, eine Idee, ein Konzept hinterlassen. Eine Erinnerung kann durch Beruhigungsmittel [...], Schlafmittel, Therapien, Arbeitsexzess, zu viel soziales Leben und Verantwortung ausgelöscht werden. Doch es gibt Dinge, die in der Erinnerung haften bleiben und dort solange verweilen, bis man tapfer genug ist, um in sie einzutauchen.“ (aus Nona Fernández: *Av. 10 de Julio Huamachuco*; Übers. der Autorin)

Die Rolle der Literatur ist die eines Speichermediums von Erfahrungen: über das und vom Leben; von Wissen, von Formen und Strategien des Zusammen- und Überlebens. Aus diesem Grund wird Literatur in der Forschung auch als „genuine Lebenswissenschaft“ bezeichnet. Vor dem Hintergrund der chilenischen Diktaturerfahrung soll es im Folgenden darum gehen, wie Literatur der Herausforderung begegnet, die Erfahrungen eines Landes zu fiktionalisieren, das bis heute noch auf eine von Ethik und demokratischen Grundprinzipien geleitete Aufarbeitung wartet. Was für Einblicke bieten uns ästhetische Repräsentationen zeitgenössischer chilenischer Romane in einen Kontext, in dem das Zusammenleben von Fragmentierung – akuter sozialer Ungleichheit inklusive latentem Rassismus und Klassismus, gespaltenen Erinnerungslagern und so weiter – gekennzeichnet ist?

Historisch gesehen begannen Schriftsteller_innen nicht nur den institutionellen, sondern auch den gesellschaftlichen Bruch bereits kurze Zeit nach dem Putsch literarisch aufzuarbeiten. Es entstand zunächst, größtenteils im Exil, eine Vielzahl an Werken anklagender und kathartischer Natur. Darauf folgten Romane, welche die Erfahrungen des Alltags unter diktatorischem Vorzeichen beziehungsweise des Lebens in der Diaspora zum Zentrum der Handlung machten. In Chile selbst trauten sich

Literat_innen einer neoavantgardistischen Szene bereits in den 1980er Jahren, Kritik auf suggestive Weise zum Ausdruck zu bringen. Dem öffentlichen Diskurs war der literarische dadurch immer wieder voraus – und ist es teils noch heute.

Gegen Ende der Diktatur und zu Beginn der *transición*, des Übergangs zur Demokratie, einer von Straflosigkeit charakterisierten Epoche, ist eine Reihe an Detektivromanen zu verzeichnen, die sich beispielsweise mit dem Verbleib von Verschwundenen beschäftigen – Literatur erfüllt nicht selten eine kompensatorische Rolle. Die Figuren in den Romanen der Postdiktatur sind ihrerseits geplagt von Erscheinungen wie Entwurzelung, Einsamkeit, Verwaisung, Ratlosigkeit und Depression. Beim Versuch, eine akzeptable Form des Zusammenlebens zu festigen, scheint zu viel Eile zu herrschen, um dabei nach deren Werten und dem Wohlergehen der Menschen zu fragen.

Roberto Bolaño beleuchtet in *Chilenisches Nachtstück* (2000) die Perspektive der Mitläufer_innen und, noch konkreter, eines Mitläufers aus dem intellektuellen Milieu. Am Sterbebett beginnt der Opus-Dei-Pfarrer, Schriftsteller und Literaturkritiker Sebastián Urrutia Lacroix als Ich-Erzähler eine Art Beichte voller intertextueller Verweise und literarischer Ausschweifungen abzulegen; sie ist jedoch nicht von Reue, sondern vielmehr von Rechtfertigungsversuchen und Verdrängung geprägt. Hier wird die Stimme derer inszeniert, die während der zivil-militärischen Diktatur mit kleinen und größeren Taten zum Unrechtssystem beitrugen, von diesem profitierten und bewusst entschieden wegzuschauen, selbst wenn die Gräueltaten direkt vor ihren Augen stattfanden. In einem zeitlichen Kontext, indem überhaupt erst damit begonnen wurde, die zivile (Mit-)Verantwortung öffentlich zu diskutieren, eröffnete dieser Roman zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine innovative Perspektive.

Fiktion ermöglicht der Literatur, tabuisierte „dark areas of history“ („dunkle Flecken in in der Geschichte“), wie sie in der Forschung genannt werden, einfacher zu artikulieren und somit ins kollektive Gedächtnis zu rücken, als es anhand anderer Diskurse der Fall ist. Ganz in diesem Sinne relativiert Arturo Fontaine in *La vida doble* (2010) die Grenzen zwischen Opfer und Täterin bis zur Abstraktion. In der ersten Person geschrieben, handelt es sich dabei um subjektive und widersprüchliche Aussagen einer Frau. Als linke Kämpferin

Da sie erst vor Kurzem dieselbe Tortur erfahren hat, kann sie gut erkennen, wann die „Subversiven“ den Punkt erreichen, an dem sie gebrochen werden und zu reden beginnen. Im Laufe der Erzählung wird sie immer unmenschlicher: Ihre Psyche erkrankt und als Subjekt wirkt sie völlig destrukturiert. Stück für Stück wird sie zum Werkzeug der Diktatur.

Die Täter_innen werden indes nicht als Monster beschrieben. Aus ihrer Sicht ist es ihre Aufgabe, das Vaterland vor der kommunistischen Bedro-



▲ Demonstration für Menschenrechte Santiago, 08.September 1988

wurde sie von Diktaturagenten festgenommen und gequält. In der Haft kann sie dem physischen und psychischen Druck nicht standhalten – gebrochen und besorgt um ihre Tochter, wird sie zur Informantin und beginnt, ihre ehemaligen Genoss_innen an ihre Peiniger zu verraten. Sie entwickelt im Nachhinein Hass auf den Marxismus, da sie diesen nun als Lüge und als Ursache für ihre Situation versteht. Dieses Doppelleben bringt sie dazu, jegliche Grenze zu überschreiten, und bald wird sie selber bei den Verhören zur Folternden.

hung zu retten. Auch wenn sie teils nicht allem zustimmen, führen sie die ihnen „von oben“ angeordneten Befehle aus, wie es sich in der hierarchischen Struktur der Militärs gehört. Der Roman ist ein Spiel aus Licht und Schatten, das die den Menschen innewohnende Widersprüchlichkeit hervorhebt. So werden Figuren, die man zunächst als bestialische Folterer wahrnimmt, wenige Seiten später als gute und liebevolle Väter oder als Poesieliebhaber beschrieben. Wer sind also die wirklichen Schuldigen? Nur die Oberbe-

fehlshaber? Waren etwa alle Opfer? Das sind nur einige der Fragen, die das Werk aufwirft, indem die Grenzen zwischen der Rolle von Täter_innen und Opfern, von Gut und Böse aufgelöst werden. Unter den weiteren Romanen, die sich dieser Grauzone annehmen, sind *El desierto* (2005) von Carlos Franz und *Carne de Perra* (2009) von Fátima Sime hervorzuheben.

Einen scharfen Blick auf das nachdiktatorische Santiago, welches als post-apokalyptisches Szenario dargestellt wird, wirft Nona Fernández mit ihrem Roman *Avenida 10 de Julio Huamachuco* (2007). Konsumismus, Hoffnungslosigkeit und Pädophilie sind nur einige der Eindrücke, die die Hauptstadt als Hölle erscheinen lassen. Angesichts der strengen Kontrollinstanzen fühlt man sich unweigerlich an Orwells Werk 1984 erinnert. Zu jedem Individuum werden ständig Akten erstellt, und sobald jemand aus der Reihe tanzt, weiß das auch der Machtapparat und schaltet sich ein. „Akten“ können auf unterschiedliche Diskurse hindeuten: auf den medizinischen, den militärischen, den administrativen. Das neoliberale Wirtschaftssystem ist nicht mehr auf die Militärregierung angewiesen, um auf quasi totalitäre Weise die Bewohner_innen der Stadt zu erfassen und zu kontrollieren.

Unter diesen Umständen beschließt Juan eines Tages, während er im Stau steckt, seine Beruhigungsmittel nicht mehr einzunehmen und sich Zeit für sich selbst zu gönnen. Kurzerhand kehrt er nach Hause zurück. In einer frenetischen Gesellschaft, in der alle ein hektisches, gestresstes und melancholisches, weil leeres, Dasein führen und wo sich alles ums Verdienen und Kaufen dreht, ist dies jedoch ein Tabu – seine Frau verlässt Juan nach kürzester Zeit. Allein mit seinem Hund wohnt er im Haus seiner Kindheit, mitten in einem gespenstischen Viertel. Ein großes Einkaufszentrum soll hier entstehen – Santiago ist bereits voll davon – und alle Nachbar_innen haben ihre Grundstücke bereits verkauft. Aber Juan bleibt stur – mit Folgen. Ab dem Moment, an dem er auf gewisse Weise beschließt, nicht mehr im System mitzuschwimmen, beginnt die schmerzhafteste Vergangenheit ihn einzuholen. Er erinnert sich an seine Schul- und Jugendzeit Mitte der 1980er Jahre, als er Teil der ersten Aufstände gegen die Diktatur war. Die Schüler_innen von damals rebellierten ohne Rücksicht auf Verluste gegen das Militärregime, als sich das kaum jemand traute. Zu dieser Zeit wurden in Chile

Minderjährige ermordet oder verschwanden, weil sie es wagten zu protestieren – die jetzige Generation von Schulkindern und Jugendlichen, die sich seit 2011 gegen das ungleiche Bildungssystem erheben, riskiert unter vermeintlich demokratischen Vorzeichen erneut unrechtmäßige Festnahmen und Folter zu erleiden.

Juan kehrt zum Ort des Geschehens zurück und bricht in seine ehemalige Schule ein. Dort fällt er in ein tiefes dunkles Loch, in dem er auf unterschiedliche Menschen stößt – auch auf seine toten Mitschüler_innen, die dort, unter der Oberfläche, in gewisser Weise weiterleben. Selbst die, die zum Schweigen gebracht wurden und die um jeden Preis vergessen werden sollten, sind noch präsent.

Die Erzählung ist eine Allegorie des nicht Aufgearbeiteten, des Verheimlichten. Gleichzeitig wird starke Kritik am eindimensionalen neoliberalen Diskurs geübt, der die schmerzhafteste Vergangenheit verdrängt, da nur makroökonomische Indikatoren und Marktlogiken zählen. Juan schreibt in einem Brief (an wen?): „Sie haben uns entwaffnet. Sie haben uns markiert, mit dem Gestank verwelkter Blumen und Friedhöfe. Sie lassen uns leben, mit Antidepressiva, Beruhigungsmitteln, angstlösenden Arzneimitteln, Pillen zum Schlafen, zum Wachwerden, zum Funktionieren. Sie haben eine Uhr in unser Handgelenk verpflanzt und sie lassen uns in Eile von A nach B rennen, ohne Zeit zum Nachdenken zu haben. Bei so viel sinnloser Rennerei haben wir das Wichtige vergessen und erst jetzt, da ich bremsen, kommen Du und der Rest der Bilder zu mir. Sie inspirieren mich und helfen meiner Seele erneut in meinen Körper zurück. Es ist, als ob ich mir erst jetzt diese dreckige Augenbinde abnehmen würde, mit der sie uns auf der Polizeiwache die Sicht verdeckten.“ (Übers. der Autorin)

Das Verhalten und die Verantwortung des zivilen Komplizen- und Mitläufertums, die Komplexität der „Grauzone“ und das Erbe der Diktatur – wirtschaftlich, juristisch wie gesellschaftlich –, sind einige der Themen, die, wie eben aufgezeigt, im aktuellen chilenischen Roman behandelt werden. Es bleibt zu erwarten, dass sich die Literatur weiterhin diesen und anderen unbequemen Fragen widmen wird, vor allem weil nun bereits die zweite und dritte Generation am Werk ist und damit begonnen hat, ihre Erfahrungen festzuhalten.

// Leonor Abujatum

Tipps zum Weiterlesen

Alvarado Leyton, Cristian (Hrsg.) *Der andere 11. September. Gesellschaft und Ethik nach dem Militärputsch in Chile*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 261 Seiten, 24,90 Euro.

Bibliothek des Widerstands Band 7, *Die Schlacht um Chile*, Laika-Verlag, Hamburg 2011, 304 Seiten plus die Filme *Schlacht um Chile: Der Aufstand der Bourgeoisie. Der Putsch. Die Macht des Volkes*, 29,90 Euro.

Bibliothek des Widerstands Band 11, *MIR - Die Revolutionäre Linke Chiles*, Laika-Verlag, Hamburg 2011, 176 Seiten plus Film, 19,90 Euro.

Bibliothek des Widerstands Band 28 *Salvador Allende und die Unidad Popular* (erscheint im September 2013), Laika Verlag, Hamburg 2013, ca. 230 Seiten plus die Filme *Wenn das Volk erwacht, Der letzte Tag des Salvador Allende, Allende, Gespräche mit Allende* und *Final Image*, 29,90 Euro.

Bibliothek des Widerstands Band 29, *Diktatur und Widerstand in Chile* (erscheint im September 2013), Laika-Verlag, Hamburg 2013, ca. 200 Seiten plus die Filme *Chile – eine Erinnerung, Der Fall Pinochet, El golpe blanco, Im Feuer bestanden* und *Eine Minute Dunkel macht uns nicht blind*, 29,90 Euro.

Bibliothek des Widerstands Band 30, *Postdiktatur und soziale Kämpfe in Chile* (erscheint im September 2013), Laika-Verlag, Hamburg 2013, ca. 200 Seiten plus die Filme *Special Circumstances, Nostalgia de la Luz, Die Toten schweigen nicht* und *Ich war, ich bin, ich werde sein*, 29,90 Euro.

Emmerling, Inga *Die DDR und Chile (1960-1989). Außenpolitik, Außenhandel und Solidarität*, Ch. Links-Verlag, Berlin 2013, 528 Seiten, 49,90 Euro.

Heller, Friedrich Paul *Lederhosen, Dutt und Giftgas: Die Hintergründe der Colonia Dignidad*, 4., erweiterte und aktualisierte Aufl., Schmetterlingverlag Stuttgart 2011, 148 Seiten, 14,80 Euro.

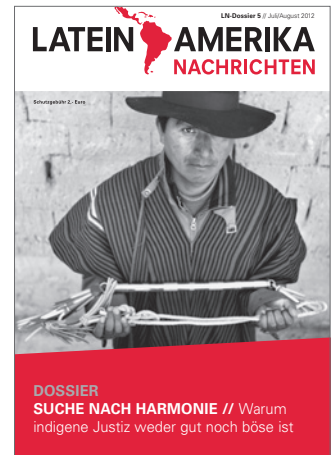
Heller, Friedrich Paul *Pinochet: Eine Täterbiografie in Chile*, Stuttgart, Schmetterlingverlag, Stuttgart 2012, 352 Seiten, 24,80 Euro.

Straßner, Veit *Die offenen Wunden Lateinamerikas. Vergangenheitspolitik im postautoritären Argentinien, Uruguay und Chile*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 389 Seiten, 64,99 Euro.

PVSt., Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt, 11255

Lateinamerika Nachrichten
im Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

LESEN SIE AUCH DIE ANDEREN DOSSIERS DER LATEINAMERIKA NACHRICHTEN!



Bisher erschienene LN-Dossiers:

Nr. 1 // Glaube Hoffnung Macht // Christliche Kirchen in Lateinamerika // November 2010

Nr. 2 // Wir waren unsichtbar // Honduras nach dem Putsch – Perspektiven der Widerstandsbewegung // April 2011

Nr. 3 // Frauenmorde in Zentralamerika und Mexiko // Juni 2011

Nr. 4 // Landhunger und satte Gewinne // Geschäfte mit Ackerland bedrohen kleinbäuerliche Landwirtschaft in Lateinamerika // September 2011

Nr. 5 // Suche nach Harmonie // Warum indigene Justiz weder gut noch böse ist // Juli 2012

Nr. 6 // Verbohrte Entwicklung // (Neuer) Extraktivismus in Lateinamerika // September 2012

Nr. 7 // Medien und Macht in Lateinamerika // Staatsnähe, Medienkonzentration und Gegenöffentlichkeit // März 2013

Sonderbeilage // Nicaragua: Vom Gestern, Heute und Morgen einer Revolution // 30 Jahre nach dem Sturz der Diktatur // September 2009